

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachel- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Putz- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.- RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 2 7 0 9 0 0 7 6 5 0, 7 6 5 1, 6 2 4 0. Postk. 6 5 2 3 2.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale. Geschäftsangelegenheiten nach Tarif durch „Werba“, Berlin SW 11.

In der Sackgasse.

Bisher hört man nur unkontrollierbare Gerüchte über einen von der Reichsregierung beabsichtigten neuen Vorstoß gegen die Sozialpolitik. Sobald in dieser Beziehung Greifbares vorliegt, werden wir pflichtgemäß dazu Stellung nehmen. Verschlechterungsvorschläge sind zu erwarten. Leider müssen wir feststellen, daß in diesen Kämpfen um die Sozialpolitik und damit für eine möglichst günstige Lebenshaltung der Massen heute nur noch die Arbeiterchaft eintritt. Die früher verhältnismäßig zahlreich vorhandenen gewesenen Vertreter des sozialpolitischen Gedankens und Fortschritts in den Kreisen des Besitzbürgertums haben sich verflüchtigt. Zwar gibt es auch heute noch in Deutschland einen durch bürgerliche Intellektuelle gestützten sogenannten Verein für Sozialpolitik, aber die Wege dieses Vereins sind, gemessen an seinen früheren Aufgaben und Zielen, heute nur noch von zweifelhafter Güte. Sogar ausgesprochene Gegner der Sozialpolitik gehören seinem Ausschuß an. Der greise Gelehrte Lujo Brentano ist der einzige noch lebende Mitgründer dieses Vereins. Brentano ist aus dem Verein ausgestiegen, und die Gründe, die er für diesen Austritt anführt, sind volkswirtschaftlich und sozialpolitisch von durchschlagender Bedeutung. In seinen demnächst im Verlag von Eugen Diederich in Jena erscheinenden Lebenserinnerungen erklärt Brentano, weshalb er aus dem Verein für Sozialpolitik ausgestiegen ist. Er erwähnt den grotesken Zustand, daß sich heute ungeheure Massen unverkäuflicher Waren auf Lager befinden und Millionen Menschen, die sie benötigen, sie nicht kaufen können; er verurteilt es, daß das Reichskabinett den Weizen Zoll von 7,50 Mark auf 25 Mk. gesteigert hat, womit der Weizen Zoll auf über 230 Proz. der Weltmarktpreise, der Getreidezoll sogar auf über 300 Proz. des Weltmarktpreises gestiegen ist. Dies alles sei geschehen im Interesse von 17 000 Großgrundbesitzern in Ostpreußen und überschuldeten Landwirten im Süden Deutschlands. Die Zahl dieser Großgrundbesitzer sei winzig im Vergleich zu den Millionen, die, wenn man ihnen die unentbehrlichsten Lebensmittel unerreichbar macht, zur Verzweiflung, zu Raub, Mord und Selbstmord getrieben werden. Dabei könnten Agrarzölle der Landwirtschaft dauernd gar nicht helfen.

Lujo Brentano macht dem Verein für Sozialpolitik den bitteren Vorwurf, daß er dagegen nicht aufgetreten sei. Die Arbeitslosenfrage sei keine Produktions-, sondern eine Absatzfrage. Der Verein für Sozialpolitik habe die Verpflichtung, darauf aufmerksam zu machen, daß nur ein allgemeiner Zollabbau Abhilfe schaffen kann. Wenn alle Schutzzölle einen Erwerbszweig auf Kosten aller anderen schützen, dann kann der Konsument, der für geschützte Waren mehr ausgibt, für nichtgeschützte Waren weniger ausgeben; dies aber vermehre die Arbeitslosigkeit in den ungeschützten Stapelindustrien. Der Verein für Sozialpolitik hätte die Pflicht, der Öffentlichkeit und der Reichsregierung klarzumachen, daß alles, was für den Unterhalt der Arbeitslosen an Abgaben aufgebracht wird, zur fortschreitenden Verarmung der Bevölkerung führt, ohne Abhilfe der Arbeitslosigkeit zu schaffen. Der Verein müßte proaktiver dagegen, wenn man die Ausfuhr durch Lohnabbau zu vermehren sucht, also durch Minderung der Kaufkraft der Massen für heimische Produkte, was die Arbeitslosigkeit abermals vermehrt. Und zum Schluß sagt Lujo Brentano: „Ich verstehe diese Politik nicht.“

Wir verstehen diese Politik auch nicht. Und wir haben uns schon immer mit Entschiedenheit dagegen gewandt. Aber es ist schon so: Für eine vernünftige Wirtschaftsführung und für die Sozialpolitik trifft heute ausschließlich nur noch die aufgeklärte Arbeiterchaft ein. Die Sozialpolitiker, die

früher noch in den Kreisen des Besitzbürgertums vertreten waren, sind heute in die kapitalistische Wildnis entflohen. In diesen Kreisen hat der große Schwindel der Gegenwart, die Arbeiter mit 40 oder 50 Mk. Wochenlohn lebten in Saug und Braus, durchgängig Anklang gefunden. Alle Gegenwehr aus Arbeiterkreisen gegen solche Auffassungen fand bei ihnen keine Unterstützung. Heute ist im gesamten Besitzbürgertum fast durchweg nur noch die Ansicht vorherrschend, die Wirtschaftskrise sei eine Folge zu hoher Löhne und zu hoher Sozialabgaben. Und diese verderbliche, zur wirtschaftlichen Selbstvernichtung führende Ansicht, die auch von der Reichsregierung, in der ein Stegerwald sitzt, geteilt wird, kann nur dazu führen, daß den Unternehmern der Ramm noch mehr als bisher schwillt und die Löhne, wo irgend möglich, noch mehr gesenkt werden. Das ist zwar Wahnsinn, aber es ist Methode. Denn je mehr der Lohn sinkt, um so mehr muß die Arbeitslosigkeit steigen, und je mehr die Arbeitslosigkeit steigt, um so mehr wird die Wirtschaft gelähmt. Der Beweis hierfür liegt heute schon klar vor Augen. Die Löhne sind in Deutschland, obwohl vielfach niedriger als in den Konkurrenzländern, um 10 bis 15 Proz. gesenkt worden; von einem Neuaufschwung der Wirtschaft aber merken wir absolut nichts, im Gegenteil, die Wirtschaftslage hat sich naturgemäß noch mehr verschlechtert. Man kommt ferner mit der windigen Ausrede, der Lohnabbau sei nötig, um den industriellen Wettbewerb mit dem Ausland günstiger zu gestalten. Aber das Ausland macht jetzt ebenfalls in Lohnabbau. Ja, es ist in dieser Richtung sogar ein internationaler Wettbewerb festzustellen. Was ist die Folge? Das industrielle Wettbewerbsverhältnis bleibt günstigstenfalls das gleiche, der ganze Raubzug auf die Taschen der Besitzlosen ist demnach zwecklos, das Endergebnis mündet in eine weitere Einengung der Kaufkraft der breiten Massen. Die Folge davon wieder ist die Steigerung der Zahl der Arbeitslosen.

Man gebraucht heute auch vielfach, vor allem in jenen Kreisen, die dicke Einkommen haben, das Wort vom „Emporhungern“. Natürlich bezieht man dieses neue Schlagwort vom „Emporhungern“ nur auf die Arbeiterchaft. Es mag vielleicht zu Urgroßvaters Zeiten eine Berechtigung gehabt haben. Heute aber bedeutet ein solches „Emporhungern“ die zum Prinzip erprobene Einschränkung des Wirtschaftslebens. In der heutigen kapitalistischen Wirtschaft kommt es an auf die Ausweitung des Marktes, des Verbrauchs und auf die Erweckung und Erfüllung neuer Bedürfnisse. Das ist eine Binsenwahrheit. Trotzdem sind es gerade die Unternehmer, die ja doch von der wachsenden Befriedigung wirtschaftlicher Massenbedürfnisse nur profitieren könnten, die dennoch diese Einschränkung, das „Emporhungern“, predigen. Schon Ferdinand Lassalle prägte das Wort von der „verdammten Bedürfnislosigkeit“. Und heute ist unsere

kapitalistische Wirtschaftspolitik drauf und dran, diese Bedürfnislosigkeit zur „Tugend“ zu machen. In Wirklichkeit aber ist Bedürfnislosigkeit geradezu ein Verbrechen am Wirtschaftsleben. Und wer heute gegen die Bedürfnislosigkeit der Massen ankämpft, der begeht eine Kulturthat ersten Ranges. Erst das wachsende Bedürfnis und die gestiegene Kaufkraft, um dieses Bedürfnis auch erfüllen zu können, kann zu der sogenannten Anknübelung der Wirtschaft führen. Aber diese nackten Wahrheiten gehen heute in den Kreisen des Besitzbürgertums und des Mittelstandes niemandem ein. Auch im Verein für Sozialpolitik rührt sich nichts zur Stützung dieser von Lujo Brentano aufgestellten These. Der Unternehmer braucht mehr Absatz, der kleine Krauer oder Händler ebenfalls, und dennoch starren alle diese Kreise im Bunde mit aller gekauften Pseudowissenschaft geradezu wie hypnotisiert auf die sogenannten „hohen“ Löhne der Arbeiterchaft. Und sie predigen tagtäglich, die Löhne und natürlich auch die Sozialleistungen müßten abgebaut werden.

Das sind trostlose Feststellungen. Immer mehr und mehr verläuft sich die Anknübelung der Wirtschaft in die Sackgasse wirtschaftlicher Unmöglichkeiten. Es ist traurig, daß in diesem schweren Kampfe um eine vernunftgemäße wirtschaftliche Einstellung die Arbeiterchaft ganz allein auf weiter Flur steht. Uns ist in den letzten Jahren noch nie eine nichtsozialistische oder nichtgewerkschaftliche Zeitung vor Augen gekommen, in der etwa die These aufgestellt worden wäre, man dürfe nicht die Einschränkung und Verarmung predigen, sondern man müsse die Massen kaufkräftig machen, um dadurch das Heer der Arbeitslosen zu vermindern. Es ist, als ob die besitzenden Klassen einer chronischen Hirnbetäubung ausgesetzt wären und gar nicht merken, daß sie mit ihren Bestrebungen in den wirtschaftlichen Abgrund forkeln.

Wir werden unseren hinklinglich bekannten Standpunkt in allen diesen Fragen nach wie vor und mit aller Entschiedenheit vertreten. Gewiß, die Arbeiterklasse steht bei ihrem Mühen um eine vernunftgemäße Aenderung der Wirtschaftspolitik heute auf einamer Wacht. Männer vom Schlage Lujo Brentanos gibt es nicht mehr. Er selbst ist zu alt geworden, um noch einmal in tatkräftiger Weise, gestützt auf sein reiches Wissen und eine glänzende Vergangenheit, die Kampfarena zu betreten. Er rächt sich nur durch passive Resistenz. Und Nachfahren hat er nicht. Vielleicht kommt man in den „maßgebenden“ Wirtschaftskreisen zur Einsicht, wenn es bereits zu spät ist; denn die von ihnen gepflegte und gestützte Wirtschaftspolitik führt das Unternehmertum samt seinen Freunden und Beschützern letztlich in die Sackgasse. Das Endergebnis ist bitter für den Privatkapitalismus. Denn dann wird es nur möglich sein, durch eine sozialistisch organisierte Wirtschaft das Gleichgewicht in der Weltwirtschaft wiederherzustellen. Und ob auch der Weg dorthin durch die Verblendung unvernünftiger „Wirtschaftsführer“ über Not und Elend führt: Wir werden ihn betreten und bis zur Erreichung des Ziels ausharren!

Gewerkschaftspresse und Wirtschaftskrise.

Der Fachausschuß der Gewerkschaftspresse des DGB besteht nun zwei Jahre. Er war eifrig bemüht, seiner Aufgabe gerecht zu werden. Bei jeder Zusammenkunft hat er sich eingehend mit der technischen und sachlichen Verbesserung des Zeitungswesens befaßt. Der Meinungsaustausch allein schon hatte eine sehr erfreuliche Wirkung; er schärfte das Auge für Mängel und Vorteile, die bis dahin kaum beachtet worden waren. Der kritischen Muffung folgte dann die Verbesserung auf dem Fuße. Das gegenseitige Beobachten und Auswerten der Neuerungen kam einem höchst nützlichen Anschauungsunterricht gleich.

Ob der mannigfaltige Verbesserungsversuch geglückt und wie weit er in jedem Falle gediehen ist, läßt sich durch einen Vergleich der Zeitung von früher und heute feststellen. Die Neuerungen erstrecken sich auf den Titelkopf, die Schriftart, die Auswahl des Lesestoffes und dessen Einteilung. Wie hoch man aber auch diese mehr äußerlichen

Änderungen veranschlagen mag, sie sind geringfügig neben der Bereicherung des Inhaltes. Hier liegt der größte Gewinn der Tätigkeit des Fachausschusses.

Früher waren die Gewerkschaftszeitungen in der Regel von Männern für die Männer geschrieben. Daß sie auch für die Frauen und Kinder des Gewerkschaftsmitteldes geschrieben sein müßten, ist kaum je bedacht worden. Die Folge war, daß die Zeitung selten auf den Familienkreis des Gewerkschafters kam; weder seine Frau noch seine Kinder verspürten Neigung, sie zu lesen. Der Inhalt war auch nicht so, die Meinung zu fördern, er war nicht darauf abgestimmt, den Geist zu fesseln und die Seele zu erwärmen. So blieb die Familie des Gewerkschafters von dem Wesen der Organisation unberührt. Die Folge war, daß der Beitragskassierer bei den Frauen auf Verständnislosigkeit und Unwilligkeit stieß, die Jugend trat ohne gewerkschaftlichen Sinn ins Leben, sie mußte später unter schwie-

rigeren Umständen erst gewerkschaftlich gewonnen werden weil die leichte Werbemöglichkeit im elterlichen Haushalt nicht genutzt worden war.

Solchen und ähnlichen Miffligkeiten wird jetzt dadurch begegnet, daß nunmehr die Zeitung für die Frau und für die erwachsenen Kinder des Gewerkschafters anzulehnen gemacht worden ist. Die meisten deutschen Gewerkschaftsblätter haben heute eine Unterhaltungsseite mit Kurzgeschichten und Romanen, mit Aufsätzen über Gesundheitswesen, Kindererziehung und dergleichen, auch der Humor wird nicht vergessen. So ist die Gewerkschaftszeitung zu einem Familienblatt geworden in dem Sinne, daß jedes Familienmitglied in der Zeitung etwas findet, das reizt und fesselt. Freilich dient der Inhalt der Unterhaltungsseite nicht der Unterhaltung an sich, er soll vielmehr Anleitung sein, sich mit den gewerkschaftlichen Gedankengängen vertraut zu machen. So soll der Unterhaltungsstoff nichts anderes sein als gewerkschaftliche Propaganda am Familientisch.

Der Zeitungsschreiber kann nur durch Schreiben handeln, der Erfolg ist deshalb mehr mittelbar, er braucht längere Zeit zum Sichtbarwerden. Das ist die Regel, die in unserem Falle durch Ausnahmen eindrucksvoll bestätigt wird. Was früher sehr selten war, geschieht heute in unzähligen Fällen: die Frauen bestehen bei den Beitragskassierern und ihren Männern nachdrücklich darauf, daß die Gewerkschaftszeitung prompt mitgebracht wird, oder die Frauen gehen zum Verbandsbüro, um die Zeitung selbst in Empfang zu nehmen, und der Angestellte hat eine garstige Viertelstunde zu übersehen, wenn die Zeitung einmal nicht pünktlich zur Stelle ist. Aus zahlreichen Mitteilungen weiß ich, daß die Frauen und ihre erwachsenen Kinder, die anfangs die Zeitung nur des Unterhaltungsstoffes wegen öffneten, jetzt auch den trockenen oder schwierigeren Stoff aufmerksam, zum Teil recht kritisch lesen und dadurch mit dem gewerkschaftlichen Streben und Wirken vertraut geworden sind. Von dergleichen war früher kaum die Rede.

Daß diese erfreuliche Anteilnahme der Frauen und Jugendlichen an der Gewerkschaftsfrage in hohem Maße der neugearteten Gewerkschaftspresse zu verdanken ist, dürfte schwerlich bestritten werden. Auch dagegen wird man kaum etwas einwenden, daß diese Anteilnahme der Mütter, die das künftige Gewerkschaftergeschlecht erziehen, und der Jungen, die bald mit an dem Strang der Arbeit ziehen sollen, für die Gewerkschaftsbewegung von höchster Bedeutung ist. Denn dadurch, daß außer den Männern auch die Mütter und Kinder gewerkschaftsreif gemacht werden, ist erst der Erfolg unserer Sache verbürgt. Dies mag bei den Gewerkschaften des Auslandes bestimmend gewesen sein, auch ihrerseits die Zeitungen umzuwandeln. In der Schweiz, in Oesterreich mehrten sich die Blätter, die in Aufmachung und Inhalt sich kaum noch von den deutschen Gewerkschaftsblättern unterscheiden.

Auch sonst ist jetzt ein wohlthätiger Einfluß der Gewerkschaftspresse zu merken. Fast jede proletarische Familie hat heute einen oder mehrere Angehörige in dem Heer der Kurzarbeiter oder an den Stempelstellen. Mit jedem neuen Stempel, der auf die Unterstufungskarte gedrückt wird, werden auch Geist und Seele der Arbeitslosen und ihrer Familien mehr gedrückt. In einer solch heillosen wirtschaftlichen Trostlosigkeit, wo Lohnforderungen nicht gestellt oder durchgesetzt werden können und Lohnabzüge oft nicht zu verhindern sind, ist natürlich die Anziehungskraft der Gewerkschaften geringer, ihre Bindendigkeit wird der schwersten Probe ausgesetzt. Außerdem wird die wirtschaftliche Trostlosigkeit von allerhand Demagogen und Quacksalbern, von Worttrabikalen und Sechsheuteln weidlich zur Vermirung und Zerspaltung der organisierten Arbeiterschaft ausgenutzt. Angesichts der ungeheuren seelischen Zermürdung der Arbeiterschaft durch die wirtschaftliche Not und der hüllosen Wühlerei gegen die gewerkschaftliche Organisation könnte es wahrlich nicht wundernehmen, wenn sich die Reihen der freien Gewerkschaften erheblich lichten, zumal dies früher fast immer bei unendlich geringerer Arbeitslosigkeit und ohne diese planmäßige Gewerkschaftspaltung der Fall war. Aber trotz der millionenfältigen Arbeitslosigkeit, trotz der kaum noch steigerungsfähigen Rückwärtsentwicklung des Unternehmertums, trotz der skrupellosesten Wühlerei politischer und sonstiger Geschäftemacher gegen die freien Gewerkschaften hat sich deren Mitgliederzahl zahlenmäßig und stimmungsmäßig vortrefflich gehalten. Wie wahr das ist, wird neuerdings durch den Ausfall der Betriebsräte wahlen bestätigt. Die Stimmenverluste, die sie hie und da den freien Gewerkschaften gebracht haben, werden anderwärts durch Gewinne ausgeglichen. Wenn das Gesamtergebnis für die freien Gewerkschaften Verluste ergeben sollte, so werden diese trotz der unerhörten Widerwärtigkeiten erstaunlich gering sein.

Diese Weiterfestigkeit der freien Gewerkschaften ist in erster Linie ihrem faktischen Eintreten für die Interessen der Arbeiter und ihrem vorzüglichen Unterstützungsweisen zuzuschreiben. Aber auch der Anteil der Gewerkschaftspresse ist an diesem Stand der Dinge nicht gering. Dank ihrer größeren Gediegenheit in Aufmachung und Inhalt hat sich die Zahl ihrer Leser erhöht. Sie erfährt und beeinflusst heute einen bedeutend stärkeren Teil der gewerkschaftlichen Gemeinschaft; sie hält mehr als einst die Ältesten im gewerkschaftlichen Bann und zieht die Frauen und Jungen mit hinein. Hierdurch wird die Widerstandsfähigkeit gegen die gewerkschaftsfeindliche Demagogie wie auch die gewerkschaftliche Treue ihrer Mitglieder beträchtlich erhöht.

Dies wird übrigens allgemein anerkannt. Der Ausdruck dieser Anerkennung ist das fast allseitige Bemühen, das segensreiche Wirken der Gewerkschaftspresse nicht zu beeinträchtigen. Es ist genugsam bekannt, daß die Gewerkschaftskassen, durch die außergewöhnliche Arbeitslosigkeit überaus stark in Anspruch genommen werden. Der Zwang zu äußerster Einschränkung oder Sparbarkeit ist gegeben. In früheren Zeiten begann dieser Zwang bei der Zeitung. Das trifft glücklicherweise auf heute nicht mehr zu. So ziemlich alle Gewerkschaftszeitungen haben trotz der finanziellen Knappheit ihren alten Umfang beibehalten.

Wenn aber auch je die Wirkungsmöglichkeit der Gewerkschaftspresse unbeschnitten erhalten werden muß, dann in dieser beispiellosen Krise. Hunderttausende von Arbeitern können sich eine Tageszeitung nicht mehr halten; für sie ist das Gewerkschaftsblatt noch das einzige Mittel der Unterhaltung und der Verbindung mit der Klassengenossenschaft. Eine Verdünnung oder Verschlechterung dieses Mittels müßte geistig und zahlenmäßig eine Schwächung der gewerkschaftlichen Front nach sich ziehen. Aber selbst dort, wo noch ein sozialistisches Tagesblatt gehalten wird, würde

die Einschränkung der Gewerkschaftspresse in der jetzigen Zeit ebenfalls vom Uebel sein. Denn sie ist es, die das sozialistische Gold in beruflich gangbarer Scheidemünze in die Fabrik oder an den Bau und in den Arbeiterhaushalt trägt. Ein Sparen bei der gegenwärtigen Krise an der Gewerkschaftspresse wäre kein Sparen, sondern eine Vergewaltigung von mühselig errungenen Werken wirtschaftlicher, gewerkschaftlicher und politischer Art. Dieses Sparen würde Kupfermünzen erübrigen, um Goldstücke zu verlieren. Darüber besteht ja auch in allen Gewerkschaftskreisen kein Zweifel. Dies wird bewiesen durch das allseitige Bemühen, die vorzügliche Wirksamkeit der Gewerkschaftspresse nicht durch Verkleinerung zu beeinträchtigen. Die Mitglieder werden das ihrer Organisation durch Treue und lebhafterer Anteilnahme quittieren.

„In vierzehn Tagen“

„Hier liegt ein agrarischer Kanzer.“
Bülows Grabsteininschrift-Wunsch.

Schon Bülow und alle seine kaiserlichen Kanzlerkollegen vor und nach ihm, mit Ausnahme von Caprivi, ließen es sich sehr angelegen sein, als Kanzler „von Ur und Halm“ den preussischen Junkern, also der Großlandwirtschaft, zu dienen. Zu einer Zeit, als Armee und Verwaltung unlösbar miteinander verflochten waren, schien eine solche Politik noch einen Sinn zu haben. Absolut sinnlos aber ist sie in der Republik. Nichtsdestoweniger ist Reichskanzler Dr. Brüning, mehr als gut ist, um die Junkerinteressen bemüht. Über trotz Osthilfe können ihn die Junker nicht leiden. Denn Dr. Brüning stammt aus dem Volke, aus dem Bürgertum, und zum Ueberflus kommt er noch von den Gewerkschaften, wenn auch von den christlichen, her.

In einer sehr bemerkenswerten Rede, die Kanzler Brüning am 10. Mai in Cloppenburg im Freistaat Oldenburg hielt, sprach er in Abwehr großagrarischer Angriffe: Es sei der Regierung gelungen, den Weizenpreis über den 2- bis 2½fachen Preis des Weltmarktes zu bringen, ohne daß es trotz der riesigen Arbeitslosigkeit zu Unmuten gekommen sei. — Der Hinweis des Reichskanzlers auf diesen „Erfolg“ wirkt sehr eigentümlich. Man glaubt zunächst, es handle sich um einen Fehler in der Berichterstattung. Dem ist aber nicht so, sondern die Richtigkeit dieses Textes wird ausdrücklich bestätigt. Wahrscheinlich hat der Kanzler die Leidensfähigkeit des deutschen Volkes rühmend wollen, wobei er ganz vergaß, zu bedenken, welches Uebelmaß an Hunger, Not und Elend hinter seinen Worten steht. Wir brauchen nicht auszumalen, was das 2½fache des Weizenmarktpreises für die Käufer bedeutet. Aber schlimmer noch als dies ist, daß das Volk das Opfer des 2½fachen Weizenpreises vergeblich bringen wird; denn der Landwirtsschaff ist auch hiermit nicht zu helfen. Mit Schutzzöllen und Liebesgaben wird die Landwirtschaft nicht angehalten, ihren alten Trost aufzugeben.

Reichskanzler Brüning ist von der Leidensfähigkeit des deutschen Volkes so sehr überzeugt, daß er in der gleichen Rede weitere „unpopuläre Maßnahmen“ ankündigt. Die Habscherei nach Unpopularität ist ihm wahrlich eine Art Lebenszweck. Seit Dr. Brüning gehört der „Mut zur Unpopularität“ zum rethorischen Rüstzeug aller großen Politiker. In Cloppenburg gab Dr. Brüning nach dem Wolff-Bericht der Hoffnung Ausdruck, daß die Reichsregierung wohl in vierzehn Tagen mit ihren neuen Maßnahmen, die jetzt noch nicht zur Veröffentlichung reif seien, in die Öffentlichkeit treten werde. — Diese vierzehn Tage sind am Erscheinungstage dieser Nummer abgelaufen, und wenn bis zur Stunde dieser Niederschrift noch nichts heraus ist, was für „unpopuläre Maßnahmen“ geplant sind, kann man doch davon überzeugt sein, daß auch die Sozialversicherung wieder herhalten muß. Es ist überflüssig, besonders zu betonen, daß die Regierung bei diesen „unpopulären Maßnahmen“ den schärfsten Widerstand der Gewerkschaften finden wird. Die Gewerkschaften haben kein Verhängnis für eine Politik, die unter dem Schlagwort „Mut zur Unpopularität“ zwischen Lohnabbau und Preis-Nichtabbau hin und her pendelt, wobei festgestellt werden muß, daß nur das erstere, nicht aber der Preisabbau durchgeführt worden ist. Noch immer warten wir vergeblich auf energische Maßnahmen gegen Kräfte, Kartelle und ähnliche Unternehmergebilde. Aber einstweilen sind sogar die Berliner Bäckermeister stärker als die Regierung. Und diese Stärke bekommen sie gerade aus der Schwäche des Reichskabinetts gegenüber seinem Landwirtschaftsminister Schiele, dessen Zollpolitik immer wieder das Getreide und das Mehl verteuert und so den Bäckermeistern die Möglichkeit gibt, auch die Brotpreise zu erhöhen.

Es wird Zeit, daß der Reichskanzler den Mut findet, „unpopulär“ gegen die Junker zu sein. Mit dieser Unpopularität würde er sich den unergieblichen Dank des deutschen Volkes erwerben. Er würde ein wahrhaft volkstümlicher Kanzler sein. Den Anfang könnte Dr. Brüning damit machen, daß das Kabinett endlich Schluss macht mit der Schiele'schen Zollpolitik. Es ist nicht nur nötig, sich gegen Falschfahrbestrebungen zu wehren, einer Gefahr, die bisher erfolgreich zu bannen ihn die Haltung der Sozialdemokratie erleichtert hat, es ist auch nötig, daß in Deutschland endlich den Junkerinteressen und -ansprüchen ein Paroli geboten wird. Wir brauchen in Deutschland keinen agrarischen Kanzler, sondern einen sozialpolitischen. Darüber sollte sich die Regierung und besonders ihr Chef klar sein. Sonst wird dereinst der aus christlichen Gewerkschaftskreisen stammende Herr Dr. Brüning auf seinen Grabstein die Inschrift bekommen, die Bülow sich wünschte: Hier ruht ein agrarischer Kanzler.

Unser Kampf im Saargebiet.

Die Beendigung des Streiks im Saargebiet ist einer besonderen Beleuchtung wert. Der Lohnabbaukollekt lief auch den Syndikus Dr. Werle in Saarbrücken nicht schlafen. Am 10. Januar teilte er den Gewerkschaften mit, daß mit sofortiger Wirkung der Lohn um 12% gekürzt werden soll. Als Begründung gab er an:

- 1. Die saarländische Schwerindustrie habe eine Neufestsetzung der Löhne vorgenommen, das veranlaßt uns, das gleiche zu tun.
 - 2. Dadurch wird eine Belebung der Bauwirtschaft und die unerlässliche Senkung der Baukosten erreicht.“
- Tatsächlich hat die Burbacher Hälfte dem Lohnabbauimmittel Vorstoß geleistet. Einmal hatte die Industrie selbst einen Lohnabbau vorgenommen; dann ließ die Burbacher Hälfte größere Neubauten durch die Firma Dyckhoff

Widmann ausführen. Einem Tages kündigte sie der Baufirma an, der Preis werde um 8% reduziert, sie möge das durch Lohnkürzungen weismachen. Das mag der Grund für den Antrag auf sofortige Lohnkürzung gewesen sein. Die Gewerkschaften zweifelten die Berechtigung eines solchen Vorgehens an und verlangten zunächst eine Kündigung des bestehenden Lohnabkommens. Das hielt der Syndikus nicht für nötig, da es unbefristet abgeschlossen sei. Zu gleicher Zeit rief Dr. Werle den Schlichtungsausschuß an und verlangte, daß zugleich auch für Holzarbeiter und Maler mitverhandelt werden sollte. Das letztere lehnten die Bauarbeitergewerkschaften ab, zugleich verlangten sie als erstes freie Verhandlungen.

Unterdessen wurde es März und die alten Löhne galten weiter bis zur neuen Regelung. Am 10. März tagte der Schlichtungsausschuß und fällte einen Spruch auf 5½% Lohnabbau. Die Unternehmer lehnten sofort ab, die Gewerkschaften dagegen nahmen an. Während der Einspruchsfrist versuchten es die Unternehmer mit einem Diktat. Am 24. März kündigten sie an:

„Da die Gewerkschaften zu weiteren Schlichtungsverhandlungen bis heute nicht bereit waren, so sieht sich der Arbeitgeberverband genötigt, mit Rücksicht auf die gesamte Bauwirtschaft im Saargebiet einen 8%igen Lohnabbau mit Wirkung ab Donnerstag, den 26. März 1931 durchzuführen. Wir kündigen Ihnen daher das Arbeitsverhältnis.“

Zugleich wurde ein Revers zur Unterschrift vorgelegt; wer nicht unterschrieb, wurde entlassen. Die größte Mehrheit der Bauarbeiter unterschrieb nicht, die Unternehmer entließen sie. Das löste bei den Bauarbeitern eine gerechte Empörung aus, mit einer beispiellosen Erbitterung und Fähigkeit setzte nunmehr der Kampf ein.

Man muß sich die miffligen Organisationsverhältnisse im Saargebiet vergegenwärtigen, wenn man verstehen will, welches Risiko für die Führung des Kampfes bestand. Die Arbeiter sind zersplittert in freie, christliche, syndikalistische und R.O.-Leute. Ein erheblicher Teil, besonders Hilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter, sind überhaupt nicht organisiert. Trotzdem standen zunächst alle einmütig im Kampf. Die Rechnung der Unternehmer auf die Uneinigkeit der Arbeiter war falsch. Auch ihre zweite Rechnung auf starken Zug von Bauarbeitern aus der Pfalz war irrig, unsere Pfälzer Kollegen waren auf dem Posten.

Der Oberbürgermeister Reikes suchte zu vermitteln. Es kam zu einer Vereinbarung, wonach ein Lohnabbau von zunächst 5½% und in zwei Monaten von weiteren 1½% vorgenommen werden sollte. Dazu sollte der Tarifvertrag von 1927 wieder in Kraft treten, der Abbau sollte sich dem Tarifvertrag und Lohnabkommen anschließen. Die Erbitterung bei den Bauarbeitern war jedoch so groß, daß sie auch diese Vereinbarung mit 90% aller Stimmen ablehnten.

Eine Woche später machte die Saarregierung einen Vermittlungsversuch. Jetzt sahen die Unternehmer wieder auf dem hohen Ross. Sie ließen erklären, verhandeln würden sie nicht. Sie ließen jedoch die Vereinbarung vor dem Oberbürgermeister bis 1. Mai aufrecht. Ausgespart sei keiner, alle Arbeitswillige könnten arbeiten.

Außer einigen R.O.-Leuten ging niemand auf diesen Leim. Nach weiteren 12 Tagen waren die Unternehmer verhandlungsfrei. Die Regierung rief die Parteien nochmals zusammen, und jetzt kam es zu einer neuen Vereinbarung, die endgültig und bindend wurde. Der Tarifvertrag und die Löhne von 1927 wurden wieder in Kraft gesetzt. Das bedeutet einen Lohnabbau von 5,4%. Maßregelungen darf es nicht geben, die Vereinbarung gilt bis 31. Januar 1932.

Ja, ja, Herr Syndikus, es kreischte ein Berg und ein Mäuslein ward geboren. Die Einigkeit der Bauarbeiter hat sie bezwungen und die Diktaturträume pflügen austräumt sein.

Am Schlusse seien auch einige unliebsame Dinge erwähnt. Die R.O. machte, wie überall, auch hier großes Geschrei. In Riefenletern wurde verkündet, daß sie „führe“. Glücklicherweise merken die Bauarbeiter von dieser „Führung“ nichts. Aber wenige Tage nach Beginn des Kampfes stellte die R.O. ihren Funktionären folgenden Ausweis aus:

Wir beschleunigen hierdurch, daß der Inhaber dieses Ausweises berechtigt ist, für die kämpfenden Bauarbeiter Geldbeträge und Lebensmittel in Empfang zu nehmen. Wir bitten alle Geschäftsleute und Werkstätten des Saargebietes, durch Einzeichnung auf unserer Sammelliste den Kampf der Bauarbeiter aktiv zu unterstützen, ihre Solidarität zu bekunden, indem sie schnelle Hilfe bringen, damit der Kampf der Bauarbeiter um ihre Existenz und ihrer Familie weitergeführt werden kann.

Saarbrücken, den 31. März 1931.

W.-Hilfe
Bez. Saargebiet. Landesauschuß Saargebiet.
Zentrale Streikleitung der Bauarbeiter.

Von dem so erbettelten Gelde kochten sie Suppe für die Streikenden mit dem Ergebnis, daß bald die R.O.-Streikbrecher an der Arbeit waren. Auf Befragen über ihr Verhalten erklärten sie: „Von Beihilfen kann man auf die Dauer nicht leben.“ Damit dürften diese Helden genügend gekennzeichnet sein.

Auch dem Vertreter der christlichen Fakultät sei bei dieser Gelegenheit einiges ins Stammbuch geschrieben. Die Vereinbarung vor dem Oberbürgermeister enthielt eine Erklärungsfrist bis zum 15. April. Falls sie von den Arbeitern angenommen wurde, sollte die Arbeit am 16. April wieder aufgenommen werden. Der christliche Sekretär bestellte durch Zirkular seine Mitglieder jedoch auf Mittwoch, den 15. April. Das mag für seine Organisation gut gemeint sein, geschah jedoch unter Bruch der Abmachungen. — Die Arbeiter gaben ein gutes Beispiel der Einmütigkeit, hoffentlich sind das nächste Mal auch die Führer einig.

Eine rässelhafte und eine klare Rechnung.

In der Zeitung „Tiefbau“, dem Amtsblatt der Tiefbau-Berufsgenossenschaft, wird unter der Ueberschrift „Mafschinen- oder Handarbeit im Tiefbau“ ein Artikel von Landesbaurat Dr.-Ing. Gustav Steinlein, München, veröffentlicht. Der Artikel fußt auf einem Vortrag, den am 19. Februar Vaudirektor Henle, München, dort im Architektens- und Ingenieurverein gehalten hat. Wir drucken hier die Rechnungstabelle ab, obwohl wir offen eingestehen müssen, daß wir aus der Berechnungsgart nicht klüger geworden sind.

Baulos	Maschinenarbeit				Handarbeit				Mehrbedarf				Erwerbslosenfürsorge bei Bauausführung nach Vertrag gegenüber geänderter Baubetriebsweise		Unproduktiver Mehraufwand je Tagelohnspalte 11 Spalte 14 Spalte 15	
	Nach Bauvertrag Preis für 1 qd. m Leistungserzeugung				Bei Verringerung der Baubetriebsweise: Aushub, Einfüllen und Stampfen von Hand				bei Aushub, Einfüllen und Stampfen von Hand				Zahl der Erwerbslosen-schichten	Kosten der Fürsorge in M.		
	Einheitspreis M.	Gesamtkosten für Restarbeit M.	Gesamtleistung M.	Arbeiter-tagelohn M.	Einheitspreis M.	Gesamtkosten für Restarbeit M.	Gesamtleistung M.	Arbeiter-tagelohn M.	Einheitspreis M.	Gesamtkosten für Restarbeit M.	Gesamtleistung M.	Arbeiter-tagelohn M.				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
Verlegung von 1200 mm Eisenrohren:	pro 1 qd. m															
V. Druckrohrstrang Los I . . .	51,—	97 920	65	4 400	146,60	281 472	218	15 750	95,60	183 552	153	11 350	11 350	54 912,50	11,42	
V. Druckrohrstrang Los II . . .	49,—	63 210	55	2 838	133,30	171 957	205	10 578	84,30	108 747	150	7 740	7 740	36 765,—	9,30	
V. Druckrohrstrang Los III . . .	41,85	58 590	55	3 080	126,—	176 400	205	11 480	84,15	117 810	150	8 400	8 400	39 900,—	9,28	
Verlegung von 2000 mm Schleuderbetonrohren:																
Verbindungsleitung vom Hochzonenbehälter Kreuzpullach zum Hochbehälter Weissenhofen, Los II	91,—	47 320	22	790	265,65	138 138	336	7 190	174,65	90 818	314	6 400	6 400	27 200,—	9,90	
Erdarbeiten für Ausgleichbecken:																
Verbindungsleitung vom Hochzonenbehälter Kreuzpullach zum Hochbehälter Weissenhofen, Los IV	pro cbm	2,60	44 200	37	3 330	6,40	108 800	96	9 600	3,80	64 600	59	6 270	6 270	26 647,50	6,05

Wir haben einige technisch gebildete Männer gefragt, von denen wir glauben, daß sie uns infolge ihrer Schulung erklären könnten, wie es möglich ist, daß in München ein unproduktiver Mehraufwand von 11,42 oder 9,30 oder 9,28 oder 9,90 oder 6,05 je Tagelohn entstehen könne, wenn nach dem bis zum 31. März geltenden Tarifvertrag der Tiefbauarbeiter täglich 9,12 M Lohn bekam. Wir nehmen an, daß der Vortrag unvollständig wiedergegeben ist. Die nackten Zahlen müssen den Eindruck erwecken, als wenn Arbeit erst geleistet worden sei, nachdem die Maschine zur Anwendung gekommen ist, und als wenn sonst in München die Arbeiter ihr Geld bekämen, ohne etwas dafür zu leisten. Vielleicht können uns andere Leser des „Grundstein“ auf die Sprünge helfen, was eigentlich mit dieser Zahlentabelle bewiesen werden soll.

Klarer und eindeutiger ist ein Artikel von Herrn Strouy, Berlin, über Notstandsarbeiten und Bauwirtschaft. Herr Strouy ist erster Syndikus des Ribau. Wir dürfen annehmen, daß die Unterlagen, die er zu seinem Artikel benutzt hat, von den dem Ribau angeschlossenen Großfirmen stammen. Herr Strouy schreibt beispielsweise über Notstandsarbeit, daß diese teuer wäre als solche Arbeit, die nicht durch Notstandsarbeiter ausgeführt werde. Ueber die Quellen der Verteuerung sagt er wörtlich:

„In erster Linie ist die verringerte Leistung der Arbeiter zu erwähnen. Der Notstandsarbeiter kommt nicht aus freiem Entschluß zur Arbeit. Er fühlt sich mehr als Objekt einer teils erwünschten, teils unerwünschten Fürsorge und hat nicht den gleichen Anreiz, etwas Brauchbares zu leisten wie der freie Arbeiter. Das bleibt nicht ohne Einfluß auf Arbeitsethik und Arbeitserfolg.“

Vielfach handelt es sich um Arbeiter, die körperlich nicht in der Lage sind, Bauarbeiten zu verrichten, oder um solche, die befürchten, ihrem Beruf später nicht mehr nachgehen zu können, wenn die Hand durch die Bauarbeit schwer und ungenau werden würde. Uhrmacher, Schneider, Friseur, Büroangestellte können nicht den Posten eines wechselfertigen Bauarbeiters ausfüllen.

Auch der vollwertige Arbeiter oder der Arbeiter, der allmählich durch Übung vollwertig wird, hat bei Notstandsarbeiten weniger Interesse, sich die Stellung zu erhalten, da die Dauer seiner Beschäftigung nicht von seinem Willen und nicht von seiner Führung abhängt; das Arbeitsamt kann ihn jederzeit, spätestens nach Ablauf einer kurzen Frist (drei Monate) wieder abberufen. Anträge auf Verlängerung der Beschäftigungsdauer für einzelne Arbeiter stoßen auf nicht geringe Schwierigkeiten.

Mit der Leistungsminderung von 30 bis 50% sind aber die wirtschaftlichen Nachteile, die allein aus der Beschäftigung zugewiesener Notstandsarbeiter entstehen, noch nicht erschöpft. Die Zuweisung und die Abberufung der Notstandsarbeiter und ihre Minderleistungen blähen die Belegschaft auf, sie wird weit stärker, als dies an und für sich bei richtiger Kalkulation und Disposition vorzusehen ist; der ungewöhnlich schnelle Wechsel in der Arbeitererschaft behindert den gleichmäßigen Fortschritt der Arbeiten.

Es kommt vor, daß ganze Kolonnen von Arbeitern auf Arbeitsstellen, die organisierte Zusammenarbeit und erhöhte Aufmerksamkeit erfordern, auf einen Tag vom Arbeitsamt abberufen und durch neue Kolonnen ersetzt werden, die nicht im geringsten eingearbeitet sind.

Es ist unmöglich, einen scharf auf Leistung eingestellten weitzweigigen Betrieb in seinem Gleichgewicht und glatten Fluß aufrechtzuerhalten, wenn man weder auf das Verbleiben der Arbeiter, noch auf eine bestimmte Leistung rechnen kann.

Da die Notstandsarbeiter meist stohweise ankommen und ausscheiden, da insbesondere nach jeder Zuweisung ein Prozentfuß Untauglicher nach wenigen Tagen entlassen werden muß, so ergeben sich in der Belegschaft starke Schwankungen.

3 M Grundförderung und 12 M verstärkte Förderung, bezahlen für jede an dieser Mindestzahl fehlende Erwerbslosentagelohnspalte. Damit wird nicht nur die wirtschaftliche Form des Bauvertrages auf den Kopf gestellt, es erweist sich auch, daß der Bauherr, bewußt oder unbewußt, nicht mehr auf die sparsamste Verwirklichung der Bauabsicht Wert legt, sondern daß er sein Anordnungsrecht auf der Baustelle und alle anderen Maßnahmen danach einrichtet, möglichst viele Erwerbslosentagelohnspalten zu erzielen. Der Unternehmer, der selbstverständlich in der Konkurrenz genau kalkulieren soll, sieht sich in unlösbarer Widersprüche verwickelt. Die wirtschaftliche Herstellung verlangt nach dem ökonomischen Prinzip Erreichung des Ziels mit dem geringsten Aufwand. Gleichzeitig wird ihm ein bestimmter, oft recht hoher Aufwand an Tagewerken zur Pflicht gemacht. Es ist sogar vorgekommen, daß der Bauherr die Anzahl der Tagewerke dem Angebot unterstellt und demjenigen Unternehmer den Zuschlag gab, der leistungsfähigste die höchste Zahl von Erwerbslosentagelohnspalten mit der Arbeit zu leisten versprach. Auch das kommt vor, daß der Bauherr die einfachsten Tagelohnarbeiten, die nebenher laufen und weder Material noch Maschineneinsatz erfordern, sich selbst als Regiarbeit vorbehält. In diesem Falle kann er unter Umständen an der Förderung noch ein Geschäft machen, wenn beispielsweise der Arbeiter 7 M erhält, und der Bauherr, der kaum Unkosten hat, eine Förderung von 15 M täglich bezieht. Die Beispiele ließen sich vermehren! Kein Leser dieser Zeitschrift wird bezweifeln, daß diese Regelung vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit aus gesehen grundfalsch ist, und daß sie fast naturnotwendig allerhand unwirtschaftliche Blüten zeitigen muß.

Damit nicht genug. Die wirtschaftliche Disposition des Unternehmers und ein guter Baufortschritt werden ferner unnötig durch die Auflage gehemmt, daß nur ein gewisser Prozentsatz von Stammarbeitern oder von freigewordenen Facharbeitern verwendet werden darf. Die zugelassene Zeit schwankt zwischen 5 und 20%. Nicht selten wird der Unternehmer damit gezwungen, seine Maschinen mit Notstandsarbeitern zu besetzen, was zu Beschädigungen oder Verderb der Maschinen und zu Störungen des ganzen Betriebes führt. Dies um so mehr, wenn etwa die Bestimmung im Vertrag getroffen ist:

„Der Unternehmer kann Notstandsarbeiter nicht mit der Begründung zurückweisen, daß sie mit den in Frage kommenden Arbeiten nicht vertraut sind.“

„Bei der Maschinenbedienung und sonstiger Spezialarbeit ist es besonders unerträglich, daß eben angelehrte Leute nach kurzer Zeit vom Arbeitsamt abgelöst werden und nun wieder neue Arbeiter eingearbeitet werden müssen. Die Notstandsarbeiter erhalten Tariflohn. Dazu wird ihnen aber zum Teil eine Familienunterstützung gewährt, es werden Reisekosten vergütet, teils alle vier Wochen eine Urlaubsfahrt nach dem Wohnsitz, teils werden auch Kleidungsstücke und Arbeitsausrüstungen zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet eine Bevorzugung gegenüber der Stammarbeiterschaft des Unternehmers. Die Folge ist, daß diese unzufrieden werden und einen Weltausgleich über ihren tariflichen Anspruch hinaus verlangen. Für die Urlaubszeit der Notstandsarbeiter wird oft außer dem Sonntag noch der Sonnabend und Montag in Anspruch genommen, woraus sich ebenfalls Betriebsstörungen ergeben.“

Ein Einzelfall, der Ausbau der oberen Saale-Talsperre, ist in dem Buch von Dipl.-Ing. Werner Günther: „Beiträge zur Wasserwirtschaft“, 2. Heft (Gustav Fischer, Jena 1930) geschildert:

Die Minderleistung der Notstandsarbeiter wird geschätzt mit einer Verteuerung um 1 250 000 M, die außergewöhnliche Fürsorgemaßnahme, Unterbringung, Verpflegung, Ausrüstung, Reise usw. mit 450 000 M, die Verteuerung durch Behinderung des Baufortschritts infolge des häufigen Wechsels der Belegschaft wird errechnet mit rund 250 000 M, die längere Bindung der Produktionsmittel durch die längere Dauer der Notstandsarbeit wird angeseht mit 750 000 M, so daß die Gesamtverteuerung auf 2 700 000 M geschätzt wird.

Das bedeutet eine Ausgabe über das wirtschaftlich notwendige Maß hinaus von rund 3 Millionen Mark. Wenn die notwendige Bau Summe von mehreren Millionen Mark überschritten wurde, wenn sich die Grundförderung durch die verursachten Mehrkosten selbst verzehrte, dann bedeutet der hohe Zuschuß, wie einmal klar ausgesprochen werden muß, weder „Förderung“ noch „produktive“ Fürsorge. Wirtschaftlich gesehen sind diese 3 Millionen reiner Verlust. Eine wahre Förderung kann nur in der Form und mit der Endwirkung gegeben werden, daß innerhalb der eigentlichen Bau Summe, um einen Teil der hierfür erforderlichen Finanzierung abzudecken, die Grundförderung Verwendung finden kann. Durch die Verteuerung

wird die Produktivität des Baues selbst im gleichen Ausmaß gemindert, wie der ökonomisch richtige Aufwand überschritten wird.

Die Grundförderung war im Finanzierungsplan auf 3 330 000 M bemessen, bei Annahme von 1 100 000 Notstandsarbeitertagewerken. Da aber die Anzahl an Tagewerken nicht voll erreicht wurde, verminderte sich der Betrag der Grundförderung.“ Der Verfasser kommt zu dem Schluß:

„Es kann angenommen werden, daß die Eingänge aus Grundförderung und die erwähnten Belastungen sich annähernd decken.“

Diese Ausführungen des Herrn Strouy können wir nach unseren Erfahrungen fast Wort für Wort unterschreiben. Wir haben seit Jahren behauptet, daß der Betrag, der für die sogenannte Förderung aus verlängerter Zuschuß gegeben wird, verschwendet ist. Es ist auch nicht richtig, wenn man glaubt, die Sittlichkeit und Moral der Notstandsarbeiter dadurch zu fördern, daß man sie in weit abgelegene Gegenden zwangsweise verschiebt. Eher wird das Gegenteil erzielt. Die betreffenden Arbeiter fühlen sich als Sklaven, da sie aber nicht als Sklaven geboren sind, rebellieren sie gegen den ihnen unwürdig erscheinenden Zustand in jeder denkbaren Form und sei es auch nur dadurch, daß sie den Personen, die mit ihrer Aufsicht betraut sind, in jeder Hinsicht ihre Tätigkeit erschweren. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß die Arbeiter nicht ausgeführt werden sollen, es würde aber ein würdiger Zustand sein, wenn man einen Teil dieser Beträge, die jetzt direkt oder indirekt für die Beschäftigung von Notstandsarbeitern ausgegeben werden ohne Nutzen, den Arbeitern zukommen ließe, die dann als freie Arbeiter an solchen Großbaustellen tätig sein könnten. Es würden Arbeiter genug zu haben sein, und zwar solche, die aus freiem Entschluß kommen und sich für die Tätigkeit im Freien geeignet fühlen, also die für diese Arbeit nötige körperliche Rüstigkeit aufbringen. Die Unternehmer kämen zu einem Arbeiterstamm, wie er eigentlich im Tiefbaugewerbe längst sein müßte. Die Unfallgefahren würden vermindert, dadurch sparten die Berufsgenossenschaften. Die Krankheiten würden vermindert, infolgedessen könnte bei den Krankenkassen gespart werden. Trotzdem aber solche Erfahrungen seit mehr als einem Jahrzehnt vorliegen, gibt es leider auch in gewerkschaftlichen Kreisen noch genügend Männer, die sich dagegen wider die gesunde Vernunft sträuben, weil das Verlangen nach Notstandsarbeiten ihnen einen sozialen, allerdings nur pseudo-sozialen Anstrich gibt.

Sozialer Unfug.

Es ist sonderbar: Wenn viele Hunderttausende arbeitsbereiter Menschen keinen Erwerb haben und nicht wissen, wie sie sich und ihre Familien durchbringen, wie sie für die hungerigen Kinder Brot schaffen sollen, gerade dann verfallen sich „national“ dünkende Kreise auf die Idee, „der Wirtschaft“ zu helfen. Nicht etwa den Arbeitslosen, nein: „der Wirtschaft“. So spuken in den Köpfen „national“ Empfindender immer noch die Gedanken von der Arbeitsdienstpfllicht, obgleich schon mehrfach, sogar auch von Regierungsstellen, erklärt worden ist, daß man für ihre Durchführung keinerlei Mittel habe. Auch die sogenannte Brauns-Kommission, die die Aufgabe hat, Gedanken zur Behebung der Arbeitslosigkeit auszubräuten, hat in dem in der vorigen Nummer des „Grundstein“ erwähnten zweiten Teil ihres Gutachtens die Arbeitsdienstpfllicht abgelehnt, „nachdem nach vorausgegangener Aussprache zwischen Befürwortern und Gegnern der Dienstpfllicht im Reichsarbeitsministerium eine ernsthafte Prüfung gezeigt hat, daß, ganz abgesehen von der von uns stets vertretenen grundsätzlichen Ablehnung, die Durchführung einer Arbeitsdienstpfllicht schon an den Kosten und der Unergiebigkeit der Arbeit scheitert.“ In ihrem Gutachten wird weiter gesagt: „Die Kommission hält die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpfllicht nicht für ein geeignetes Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes.“

Aber nun ist ein neues Schlagwort aufgetaucht: „Freiwilliger Arbeitsdienst“. Was darunter verstanden werden soll, ist höchst unklar und verworren. Praktisch wird bereits eine Form angewandt, die höchst bedenklich ist. Es soll nämlich den Landwirten, die bisher ausländische Arbeitskräfte beschäftigten und die jetzt als Ersatz für die Ausländer deutsche Arbeitslose einstellen, die nicht berufsmäßig der Landwirtschaft angehören (also städtische Arbeitslose), ein beträchtlicher Zuschuß aus der Arbeitslosenversicherung zum Lohn gewährt werden. Diese Maßnahme soll eine Unterfütterung des freiwilligen Arbeitsdienstes sein. Tatsächlich ist sie eine weitere, verfechtete Subvention an bestimmte landwirtschaftliche Betriebe, die obendrein den an sich schon miserablen Lohn des Landarbeiters gefährdet und zum Lohndruck und damit zu wirtschaftlichen Reibungen führt. Etwas Ähnliches will man in Harburg (Elbe) durchführen, wo man den Eigenbau von Siedlungshäusern Erwerbsloser durch Weiterzahlung der Arbeitslosenunterstützung und durch Waustoff-Hypotheken fördern will. Was wir bereits in der vorigen Nummer allgemein von dem

zweiten Teil des Brauns-Entschlusses gesagt haben, gilt auch für den „freiwilligen Arbeitsdienst“.

Auch anderwärts haben sich Leute in dem eingangs erwähnten Sinne die Köpfe zerbrochen. Wenn in Deutschland der „Wirtschaft“ geholfen werden muß, dann dürfen dabei die Studenten nicht fehlen, nämlich jene deutschen Studenten der Nachkriegszeit, die gerichtsnotorisch in den Ruf gekommen sind, in jeder Hinsicht reaktionär zu sein. Ueber diese jungen Herren, die sich durchweg, wie man so sagt, noch keinen Wind haben um die Nase wehen lassen, deren Vorgänger besonders in der 48er Zeit auf der Seite des Fortschritts gestanden haben, sollte man sich allerdings nicht mehr wundern. Viel mehr aber muß man sich wundern, wenn es Landesarbeitsamts-Präsidenten gibt, denen doch nichts mehr am Herzen liegen sollte, als die Entlastung des Arbeitsmarktes, die sich vor einen so national ausschauenden Karren spannen lassen. Das ist von dem Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland zu vermelden, der sich in einem Rundschreiben an die ihm unterstehenden Arbeitsämter für den „Gedanken der Arbeitsdienstpflicht“, wie ihn die Stuttgarter Studenten durchführen möchten, einsetzt. Diese Studentenschaft möchte von Anfang August bis Mitte Oktober in Württemberg eine „freiwillige Arbeitskolonie“ durchführen. Gegenstand der Arbeitskolonie sollen zufällige Arbeiten, z. B. Wegebau, Meliorationen, Dränagen, Kanalisierungen usw. sein. Das alles sind bei den Studenten „zufällige“ Arbeiten! Großzügig — wie man nun einmal ist — will man städtische und ländliche Arbeitslose zu „ungefähr gleichen Teilen“ in diese freiwillige Arbeitskolonie eingliedern. Die Finanzierung der Arbeitskolonie ist in der Weise gedacht, daß der Träger oder Nutznießer der Arbeit freie Unterkunft (etwa in Baracken oder Schulen) und einen Teil der Verpflegung (etwa in Naturalien) zu leisten, ferner die nötigen Arbeitsobjekte bereitzustellen und die erforderlichen Werkstoffe — und man höre und staune! — unter Umständen auch das Arbeitsgerät zu liefern hat. Alle übrigen Kosten bringt die Arbeitskolonie aus sonstigen Mitteln auf. Die Arbeitskolonie will den Teilnehmern freie Unterkunft und Verpflegung, Arbeitskleidung, Arbeitsgeräte, Reisekosten, Versicherungsbeiträge und vielleicht (!!) auch ein „Taschengeld“ von täglich 50 Pf. gewähren. Sechs Stunden soll täglich gearbeitet werden, dann folgt Wandern, Sport, Spiel, Musik, Kunst, Literatur. Das alles soll „jeweils unter einen besonderen Gesichtspunkt gestellt und zur Pflege sittlicher und geistiger Werte verwendet werden“. Es handele sich „um eine Vermischung der Gedanken des Arbeitsdienstes (Arbeitsleistung) und des Volksdienstes (Schule des Gemeinnsinns, Erziehung zur Gemeinschaft, körperliche, geistige und sittliche Form)“. An all diesen Bestrebungen, die in keiner Weise geeignet sind, den Arbeitsmarkt zu entlasten, sondern nur gewissen Privatunternehmern ohne entsprechende Gegenleistungen wirtschaftliche Vorteile brächten, nimmt der Herr Präsident des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland „lebhaftes Interesse“. „Ich nehme an dem Versuch meinerseits lebhaftes Interesse, da meines Erachtens der Gedanke des Volksdienstes über kurz oder lang Verwirklichung finden wird“. Ein herrlicher Volksdienst! Aber der Herr Landesarbeitsamts-Präsident ist sich nur nicht klar darüber, ob die an der Arbeitskolonie teilnehmenden Arbeitslosen unter dem

Gesichtspunkt der Berufsbildung oder Berufsbildung „gefördert“ werden. Um zu dieser Klarheit zu gelangen, erbittet er von den Vorstehenden der Arbeitsämter Bericht.

Im Gegensatz zu dem Herrn Landesarbeitsamts-Präsidenten sind wir uns über diese Arbeitskolonie vollkommen klar. Wir lehnen sie mit aller Entschiedenheit ab und protestieren gegen solche Bestrebungen, weil sie eine schwere Schädigung der Arbeitssuchenden und des auf Arbeit und Verdienst angewiesenen Teiles der Bevölkerung sind. Die Herren, die solche Gedanken propagieren, sind höchstwahrscheinlich starke Verfechter des bürgerlichen Staates und der christlichen Familie. Wie man aber mit „freiwilligen Arbeitskolonien“ diese Grundlage des Staates erhalten will, bleibt das Geheimnis der Anhänger dieses famosen „Volksdienstes“. Uns kann eine Wirtschaft gestohlen bleiben, die nicht fähig wäre, dem Arbeiter einen anständigen Lohn zu zahlen. Die 50 Pf. „Taschengeld“ sind nichts anderes, als ordinärste Lohnrückstände. Daß an solchen Versuchen höhere Beamte der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung „lebhaftes Interesse“ nehmen, dafür fehlt uns ein parlamentarischer Ausdruck. Es mag sein, daß die von dem Herrn Landesarbeitsamts-Präsidenten „lebhaft“ befürwortete Arbeitsdienstpflicht in die Linie der Brüning'schen Agrarpolitik paßt, die auf der einen Seite den seit Jahrzehnten über Not jammernden, aber meistens im Ueberfluß lebenden Großagariern viele Millionen zuschanzt, aber jedem Arbeitslosen, auf den die Voraussetzungen des § 89a RVO, auch nur einigermaßen zuzutreffen scheinen, die Arbeitslosenunterstützung entzieht.

Der Herr Präsident des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland ist ein sonderbarer Heiliger. Es erscheint uns dringend notwendig, daß ihm von höherer Stelle Belehrung zuteil wird über die Notwendigkeit der Entlastung des Arbeitsmarktes durch Arbeitsbeschaffung.

Ueberblick über die Lage im Baugewerbe und den Stand unserer Kassenverhältnisse. Ferner wurde ein Beschluß gefaßt, wonach der Verwaltungsbeitrag von 20 auf 40 Pf. erhöht ist. Ich selber habe für diesen Beschluß nicht gestimmt. Und sonst ist weiter nichts in der Versammlung vorgekommen.

Eine solche Methode ist falsch. Ein Bericht muß mehr enthalten, und ich glaube, daß ein solcher „Berichtserstatter“ ein mal Delegierter war, aber nie wieder. Wenn beschlossen worden ist, wie in dem hier angenommenen Fall, den Verwaltungsbeitrag von 20 auf 40 Pf. zu erhöhen und der Delegierte gegen diesen Beschluß gestimmt hat, so ist er trotzdem verpflichtet, die Gründe der Mehrheit für diesen Beschluß zu erläutern und trotz seiner gegenläufigen Meinung für die Aufhebung und Innehaltung dieses Mehrheitsbeschlusses Propaganda zu machen.

So sieht eine ordentliche Berichterstattung aus. Es ist ferner eine Bewilligung, wenn ein vom Vorstand zu einer Konferenz entsandter Kollege, der „oppositionell“ zum Bunde steht, behauptet, die Konferenz, zu der er delegiert war und die über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches, zugleich auch über das Schicksal des Reichsarbeitsvertrages bestimmen sollte, sei „zusammengeschoben“ worden. Ein Kollege, der solcherweise berichtet, scheint gar nicht zu merken, daß er, wenn er dieser Meinung ist, unter keinen Umständen ein solches Mandat hätte annehmen dürfen. Denn auch er gehört unter solchen Umständen zu den „Zusammengeschobenen“. Jedenfalls wird nach solchen Vorgängen jeder Vorstand es sorgfältig vermeiden, solche Leute jemals wieder zu einer Konferenz zu entsenden.

Hans Drefsen, Hagen.

Um die 40-Stunden-Woche im Baugewerbe.

In unserer Nr. 17 veröffentlichten wir eine Eingabe der baugewerblichen Arbeiterorganisationen an das Reichsarbeitsministerium wegen Einführung der 40-Stunden-Woche im Baugewerbe. Darauf ist unserer Bundesleitung noch kurz vor Zeitungsschluß die nachstehende Antwort zugegangen:

Der Reichsarbeitsminister.
IIIa Nr. 6818/31.
Berlin NW. 40, den 11. Mai 1931.
Scharnhorststr. 35.

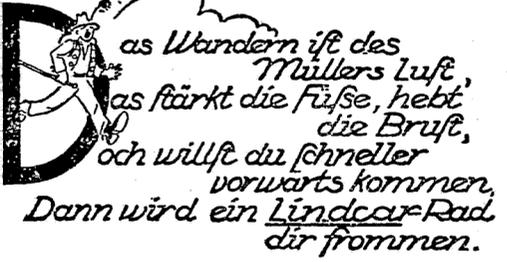
An den
Deutschen Bauwerksbund,
Berlin SW. 68.

Betrifft: Arbeitsstreckung im Baugewerbe.
Auf das Schreiben vom 17. April 1931.

Von den Ausführungen Ihres Schreibens habe ich mit besonderem Interesse Kenntnis genommen. Wenn es zu einer Verkürzung der Arbeitszeit auf gesetzlichem Wege oder im Verordnungswege kommt, so werden auch die Verhältnisse im Baugewerbe unter Anhörung der maßgeblichen Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer vor endgültiger Entscheidung nochmals geprüft werden.

Abdrucken der vorstehenden Antwort für die mitunterzeichneten Verbände sind beigelegt.

Stempel des Reichsarbeitsministeriums.
gez.: Dr. Stegerwald.
Voglaubig: gez. Unterschrift,
Ministerial-Kanzleisassistent.



Falsche Taktik.

Unsere Zentralorganisationen sind in der modernen Arbeiterbewegung die herrschende Organisationsform. Sie ist die beste Form, um den Willen vieler Einzelkräfte zu einem gemeinsamen Willen zusammenzuschließen. Um den Willen der Einzelmitglieder festzustellen, sind Versammlungen und Konferenzen nötig. Bei solchen Tagungen kommt der Wille der Mehrheit durch Beschluß zustande. Solchen Beschlüssen hat sich jeder zu fügen. Die Disziplin und Demokratie verlangen aber auch von jedem Tagungsteilnehmer, bei seiner Berichterstattung aufrichtig für die Willensbestrebung der Mehrheit einzutreten. Damit erhält die Beschickung von Konferenzen und sonstigen Tagungen einen bedeutsamen Wert. Dieser Wert kann allerdings gemindert werden durch ein ständiges Mißtrauen der extremen Richtungen. Ist der Teilnehmer an einer solchen Tagung nicht einer der ihrigen, dann sinkt schon die ganze Tagung für sie in ihrem Wert, obwohl der zur Verhandlung stehende Stoff geradezu richtig und gebend sein kann für die Organisation oder für die Arbeitsverhältnisse. Deshalb wird ein vorsorglicher Vorstand die Vertretung auf solchen wichtigen Konferenzen durch Wahl in der Mitgliederversammlung oder durch den Vorstand selbst sorgfältig vorbereiten. Dabei läßt er sich von dem Gedanken leiten, daß der zu Wählende über den zu behandelnden Verhandlungsstoff genau unterrichtet ist und die gefaßten Beschlüsse in der nächsten Versammlung den Mitgliedern gewissenhaft vorträgt.

Nun kommt es aber nicht allein darauf an, einen solchen Bericht nur in wohlgeformten Worten zu geben, obwohl es einen angenehmen Eindruck macht, wenn redende und wandelnde Kollegen zu solchen Konferenzen und zur Berichterstattung auserkoren werden. Aber man könnte auch nichts Arges darin finden, wenn ein Delegierter seinen Bericht abliest. Jedoch falsch ist es, wenn der Delegierte einen Bericht in der Form gibt, daß er bemüht ist, bei seinem Bericht nicht etwa bei diesem oder jenem Mitglied anzudecken. Es ist vollkommen falsch, wenn ein Delegierter etwa sagt: „Kollegen, in unserer Jahresversammlung waren 38 Delegierte zugegen. Der Geschäftsführer gab einen

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauwerksbund. Feststellungsergebnis vom 27. April 1931.

Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos

Bezirksverband	Männliche Bauwerksarbeiter	Mittgliederzahl am Feststellungstage	Arbeitslos																			vom Hundert der Mitgliederzahl												
			Maurer	Steinmetz- und Schornsteinmaler u. -fleißer	Malier- und Schornsteinfeger	Bauarbeiter	Bauhilfsarbeiter, Kleinhilfsarbeiter, Kleinhilfsarbeiter	Stückarbeiter und Hilfsarbeiter	Blaser	Dienstmänner	Dienstboten	Spezialarbeiter	Spezialhilfsarbeiter	Fliesenleger	Strohmacher und Fleißer	Steinbildner und Fleißer	Kleinhilfsarbeiter, Kleinhilfsarbeiter, Kleinhilfsarbeiter	Apprentiz	Werkstättenarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Spezialarbeiter	Werkstättenarbeiter	Spezialarbeiter	Spezialhilfsarbeiter	insgesamt	27. 4.	20. 4.							
Königsberg	7	17005	4984	10	181	47	115	144	6	9	371	—	—	32	10	2	—	88	17	—	16	4488	28	1815	43	—	26	3	433	8	12876	75,7	81,8	
Danzig	1	3694	982	—	7	8	10	1	—	—	72	—	—	7	2	—	—	—	—	—	—	950	30	500	—	—	—	75	—	2642	71,5	72,3		
Stettin	61	15844	5470	23	39	32	47	34	27	18	224	—	—	33	23	26	—	—	—	—	—	2359	5	964	—	—	1	276	6	9608	60,6	64,3		
Breslau	42	39952	13119	30	327	250	115	80	68	262	557	70	168	204	84	44	10	67	—	—	—	9065	39	1618	—	—	2	1392	54	27615	69,1	72,5		
Berlin	60	52511	15229	61	149	311	420	1211	411	207	950	7	29	81	401	201	45	15	698	—	—	10753	3	1127	—	—	40	679	30	33058	63,0	65,1		
Magdeburg	42	29036	12186	8	59	17	45	53	115	51	230	62	2	18	33	65	7	21	—	—	—	3810	2	393	—	—	1	500	2	17687	60,9	62,1		
Erfurt	34	19870	8827	55	97	81	17	137	198	19	116	2	—	28	25	28	1	9	15	—	—	3623	—	243	—	—	8	5	1	688	2	14225	71,6	74,7
Frankfurt	17	32572	10767	32	75	223	230	543	56	2	16	—	3	—	142	49	14	7	14	—	—	7292	169	1512	53	—	12	—	428	—	21658	66,5	69,6	
Köln	12	18327	4140	37	101	308	340	1116	24	—	28	3	—	—	162	47	27	516	100	—	—	4	4543	149	783	—	—	2	201	—	12631	68,9	69,9	
Dortmund	14	19360	5889	124	127	234	259	569	—	—	31	—	—	1	277	163	9	54	87	—	—	4	4254	275	1461	—	—	3	397	—	14230	73,5	73,5	
Hannover	39	28319	10608	37	118	85	71	127	52	8	59	9	72	7	117	79	4	79	50	—	—	4331	2	954	16	—	3	1	453	2	17344	61,2	64,8	
Bremen	30	14995	3673	13	46	88	193	47	26	6	8	—	—	3	33	36	2	5	1	9	—	2879	2	1212	—	—	3	4	96	—	8380	55,9	57,2	
Hamburg	45	32244	7642	6	47	277	431	456	237	14	202	1	—	2	209	98	35	146	51	78	—	4511	—	2777	57	—	3	44	158	1	17483	54,2	53,3	
Rostock	60	5226	2374	4	13	—	—	5	5	9	41	—	—	9	5	—	—	—	—	—	—	1595	—	348	—	—	1	85	—	4499	54,7	60,3		
Dresden	31	64863	23337	40	402	325	150	228	452	485	754	20	—	1	105	152	96	88	15	113	—	3	17329	7	1339	—	2	14	1542	22	47022	72,5	75,8	
Nürnberg	29	17297	4323	86	39	35	38	523	26	225	51	—	—	—	46	47	22	1	—	—	—	5315	12	296	30	5	7	2	281	—	11421	66,0	67,8	
München	27	13672	3400	12	52	31	29	123	48	—	115	1	10	12	56	23	8	6	21	3	14	4718	24	516	81	12	9	5	134	—	9463	69,2	71,5	
Stuttgart	14	9823	1433	16	10	75	12	1010	—	—	2	—	—	—	37	12	19	42	—	—	—	1095	101	484	—	—	—	70	—	4418	45,0	47,8		
Karlsruhe	11	15890	4403	53	99	92	81	703	13	20	4	54	—	—	82	51	7	—	—	—	—	2540	212	509	30	28	1	—	195	—	9213	59,9	62,9	
Zusammen	576	453000	142786	637	1988	2514	2603	7110	11764	1335	3831	229	285	582	1902	1042	278	1093	1182	90	89	95450	1060	18851	310	57	76	119	8083	127	295473	65,23	—	
Vorige Woche	576	454183	148937	650	2137	2523	2766	7319	11909	1347	3985	266	303	651	1904	998	277	1107	1209	95	145	98025	1105	19212	318	58	100	121	9810	106	307397	—	67,68	

Die Arbeitslosigkeit nimmt weiter ab, wenn auch nur minimal und sehr langsam. Im Vergleich zum letzten Bezugsmonat haben wir im Reichsdurchschnitt einen Rückgang von 73,23 % auf 65,23 %, also um 8,0 %. Am 28. April 1930 betrug der Reichsdurchschnitt 45,16 %. Gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahre haben wir noch eine um 19,98 % höhere Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit ging zurück in den Bezirksverbänden: Königsberg von 81,1 auf 75,7 %, Stettin von 82,0 auf 60,6 %, Breslau von 80,2 auf 69,1 %, Berlin von 67,2 auf 63 %, Magdeburg von 68,0 auf 60,9 %, Erfurt von 81,0 auf 71,6 %, Frankfurt von 76,6 auf 66,5 %, Köln von 72,5 auf 68,9 %, Dortmund von 74,8 auf 73,5 %, Hannover von 74,1 auf 61,2 %, Bremen von 56,1 auf 55,9 %, Hamburg von 58,1 auf 54,2 %, Rostock von 74,9 auf 54,7 %, Dresden von 78,5 auf 72,5 %, Nürnberg von 73,3 auf 66 %, München von 77,3 auf 69,2 %, Stuttgart von 67,3 auf 45 %, Karlsruhe von 64,8 auf 59,9 % und Danzig von 78,9 auf 71,5 %. Ueber dem Reichsdurchschnitt stehen die Bezirksverbände Königsberg, Breslau, Erfurt, Frankfurt, Köln, Dortmund, Dresden, Nürnberg, München und Danzig; unter ihm stehen die Bezirksverbände Stettin, Berlin, Magdeburg, Hannover, Bremen, Hamburg, Rostock, Stuttgart und Karlsruhe. Die Differenz zwischen der höchsten und der niedrigsten Arbeitslosenziffer beträgt 30,7 %. Von den Hauptberufsgruppen sind bei den Maurern 71,4 % (Dormonat 79,5 %), bei den Bauhilfsarbeitern 70,5 % (76,8 %), bei den Tiefbauarbeitern 62,3 % (70 %) arbeitslos.

Keine Baustelle ohne Baudelegierte!



Unterhaltung und Wissen



Der Sport einst und jetzt.

Von Martha Michaels.

Wenn man durch die Museen geht und die schönen, ebenmäßigen Körper in den herrlichen Gipsabgüssen der Antike sieht, so fragt man sich, aus welchem Grunde die alten Griechen und Römer es verstanden, ihre Körper zu solchem Ebenmaß an Kraft und Schönheit auszubilden. Wir brauchen nur an die alten olympischen Spiele zu erinnern auf dem Peloponnes in der Landschaft Elis und an die späteren Gladiatorenkämpfe in Rom, um die Antwort auf die Frage zu finden.

Auf Sparta folgte Athen. Nach Beendigung des Trojanischen Krieges, der zwischen den Griechen und Kleinasien bei Troja in den Jahren 1193 bis 1184 v. Chr. ausgefochten wurde und in dem weltberühmten Werk des griechischen Dichters Homer, der Iliade, befangen ist, ging die Vorherrschaft Spartas, des alten eisernen Soldatenstaates, auf das den Wissenschaften und schönen Künsten holde Athen über.

Wir ziehen unwillkürlich einen Vergleich mit der Gegenwart und sehen, daß sich die Bilder der Geschichte in einander ähnelnden Zeitläufen nahekommen. Genau wie sich bei uns nach Beendigung des Weltkrieges und des Zusammenbruchs des Militarismus das Interesse den schönen Künsten, dem Sport und der Ausbildung des Körpers in weitesten Kreisen zuwendet, so erleben wir bei den Griechen das gleiche. Nachweisbar sind die Olympischen Spiele, die bedeutendsten der altgriechischen Nationalspiele, seit 776 v. Chr. gefeiert, wahrscheinlich jedoch noch auf einen älteren Zeitpunkt zurückzuführen.

Die Stadt Olympia liegt im Peloponnes auf der Insel Peloponnes. In ihr wurden die Spiele dem Zeus zu Ehren am ersten Vollmond nach der Sommer Sonnenwende gefeiert, und zwar aller vier Jahre. Sie dauerten anfangs nur drei Tage. Da sich jedoch allmählich das ganze Volk der Griechen an ihnen beteiligte, wurde an fünf Tagen hintereinander gespielt. Am zwölften des Monats war das Pferderennen, am dreizehnten ein Fünfkampf, der in Laufen, Springen, Ringen, Diskus- und Speerwerfen bestand. Am vierzehnten war Opfer und Prozession, am fünfzehnten Wettkampfen, am sechzehnten Ring- und Faustkampf und Pankration, eine Verbindung von Ringen und Faustkampf. Es wurden nur freie und unbescholtene Söhne zugelassen, in späteren Zeiten auch Römer. Die Sieger wurden mit einem Lorbeerkränze belohnt, wurden festlich bewirtet und erhielten das Recht, sich eine Statue im heiligen Hain setzen zu lassen. Nach seiner Heimkehr erhielt der Olympiasieger 500 Drachmen und einen Ehrenplatz bei den Festlichkeiten, außerdem wurde er lebenslanglich gespeist im Prytaneion. Eine Anzahl Dichter, unter ihnen der große Pindar, befang die Sieger. — Die Stadt Olympia besaß zahlreiche Gebäude in großem Umkreise, und in herrlichen, parkartigen Anpflanzungen standen Tausende von Bildwerken.

Aus den alten Olympischen Spielen in Griechenland entwickelte sich später die berufsmäßige Fekhtkunst, die vollendete Anwendung der blanken Waffe, besonders beim Kampf zu zweien. Die alten Griechen und Römer hatten bereits ihre Fekhtmeister (amaturae doctores). In den Fekhtschulen des späten Rom wurden Sklaven in der Fekhtkunst unterrichtet.

Gladiatoren (von gladius, das Schwert) hießen bei den Römern die Fekhtler, die auf Leben und Tod in öffentlichen Schaustellungen miteinander kämpften. Der Brauch stammte aus Etrurien. Aller Wahrscheinlichkeit nach traten solche Kämpfe ursprünglich bei Leichenfeiern an die Stelle von Menschenopfern. Im Jahre 264 v. Chr. gaben Marcus und Decimus Brutus zuerst in Rom das Schauspiel der Gladiatorenkämpfe bei der Bestattung ihres Vaters. Allmählich wurden sie häufiger und ohne solche Anlässe veranstaltet und in den Provinzen von Rom aus eingeführt, späterhin nach Griechenland und Kleinasien übertragen. Im letzten Jahrhundert der Republik und in der Kaiserzeit gehörten die Gladiatorenkämpfe zu den Lustbarkeiten des Volkes. Bereits im Jahre 183 v. Chr. kämpften 120 Mann bei einer Bestattung. Diese Zahl durfte auf Befehl des Kaisers Augustus nicht überschritten werden, auch dürfen die Gladiatorenspiele nur zweimal im Jahre abgehalten werden. Unter den Kaisern Caligula, Claudius, Nero, Trajan und Hadrian steigerte sich jedoch die Zahl der Kämpfer. Commodus scheute sich nicht, selbst als Gladiator aufzutreten. Unter Kaiser Trajan wurden drei Tage lang Gladiatorenkämpfe veranstaltet. Zehntausend Gladiatoren bekämpften einander.

Das Forum war der gewöhnliche Ort für diese Schaustellungen in älterer Zeit. Es wurde jedoch bei Bestattungen auch unmittelbar vor dem Scheiterhaufen gekämpft; späterhin wurden Amphitheater zu diesem Zweck errichtet. Im allgemeinen sehen sich die Gladiatoren aus Sklaven zusammen, oft auch aus Kriegsgefangenen und verurteilten Verbrechern, die sich freiwillig anwerben ließen. Die Stadt Rom und einige andere italienische Städte hatten besondere Anstalten, worin sie verpflegt und in strenger Zucht geübt wurden. Die Leiter dieser Institute waren Aufferer, die ein Gewerbe aus der Vermietung oder dem Verkauf ihrer Zöglinge machten, teilweise auch im Dienste reicher Römer standen. Diesen war in den Partheikämpfen der Republik der Besitz von Gladiatoren als Waffe bei politischen Kämpfen besonders wichtig. Sie wurden nach der Art ihrer Bewaffnung in schwer und leicht Bewaffnete unterschieden. Zu letzteren gehörten die „retiarii“, die als Schutzwaffe nur einen Dornel am linken Arm mit einem über der Schulter in die Höhe stehenden Stück Leder an Stelle des Schildes

Trotz alledem . . .

Wir haben verloren eine Schlacht
Und werden die nächste gewinnen;
Zu stark war diesmal die Gegenmacht,
Sie stand auf gefesteten Zinnen!

Doch holen beim nächsten Kampf wir zurück
Das, was wir diesmal verloren.
Nicht immer steht gegen uns das Geschick,
Das sich gegen uns hatte verschworen!

Trotz alledem sind wir kampfstark,
Unser Mut ist noch ungebrochen,
Noch haben wir in uns festes Mark,
Noch haben wir zähe Knochen!

Kollegen, besinnt euch auf eure Kraft!
Vereint nur führt sie zum Ziele;
Sie hat schon seit jeher Großes vollbracht
Und geschaffen der Vorteile viele!

Denkt einmal nach, wie es früher war:
Wir waren ein kleiner Haufen,
Und bei der ersten Gelegenheit
Sind viele davongelaufen!

Heut bilden wir eine breite Front,
Die gilt es jetzt zu verstärken;
Und daß bei uns Eintracht und Einigkeit wohnt,
Dafür müßt ihr schaffen und werken!

Drum laßt euren Mißmut keinerlei Lauf,
Bald schlägt die Vergeltungsstunde!
Dann schließt euch zusammen wie Brüder zu Haut:
Ein Hoch unserm Baugewerksbunde!

Curt Oelsner, Dresden.

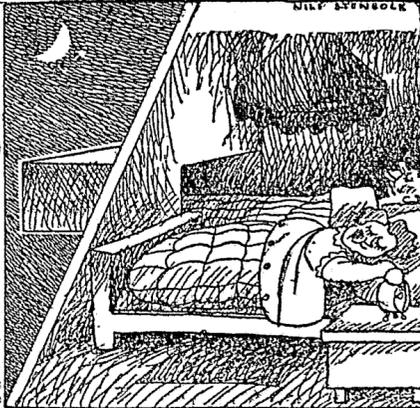
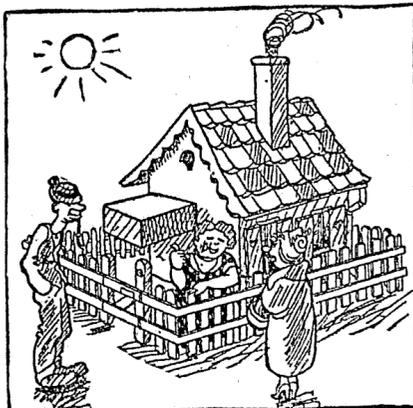
führten und mit einem Neß, bestimmt, es dem Gegner überzuwerfen, sowie einem Dreizack und Dolch kämpften. Am schwersten bewaffnet waren die „hoplomachi“. Die „dimachari“ kämpften mit zwei Schwertern, die „essedarii“ fochten vom Streitwagen herab, die „equites“ und „audabatae“ zu Pferde. Fast alle Gladiatoren trugen Visierhelme.

Die Spiele wurden vorher durch Anzeigen an den Mauern von öffentlichen und Privathäusern bekanntgemacht und in Abschriften verschickt. Sie begannen gewöhnlich mit einem Vorspiel mit stumpfen Waffen. Dann griff man zu den scharfen Waffen und kämpfte auf Leben und Tod. Der Schwerverwundete konnte jedoch vom Spielgeber, der seit der letzten Zeit der Republik die Entscheidung stets dem Willen des zuschauenden Volkes überließ, an das der Kämpfer sich wendete, indem er einen Finger erhob, vor dem Todesstreich gerettet werden. Siegreiche Gladiatoren erhielten Belohnungen, Palmen und Geld, wurden öfter auch auf Wunsch des Volkes von ihrem Herrn mit einem Rapier beschenkt und des ferneren Dienstes enthoben. — Auch die Kunst wurde von diesen Kämpfen befruchtet. Man findet sie nachgebildet auf Longesäßen, Lampen, Gläsern, auf Gemmen, Mosaiken und Wandmalereien.

Wir haben nunmehr durch nähere Beleuchtung der altklassischen Spiele die eingangs erwähnte Frage in bezug auf gute Ausbildung des menschlichen Körpers zu Kraft, Gewandtheit und Schönheit genügend beantwortet. Der griechische Klassizismus hat uns in der darstellenden Kunst vollendete Plastiken hinterlassen, die uns das hervorragende Können der damaligen Meister lebendig vor Augen führen. Ein Rundgang durch die Museen in Berlin oder anderer Großstädte ermöglicht es jedem einzelnen, sich kostbare Stunden zu verschaffen.

Der heutige Sport, nicht so blutiger als einst und dennoch kraft-, gesundheits- und gewandtheitsfördernd, hat eine große Aufgabe zu erfüllen. Die im Gefolge des Weltkrieges aufgetretenen Seuchen, die jahrelange Unterernährung haben den menschlichen Organismus geschwächt. Die neuerdings in ruhigeren Zeiten aufgenommenen sportlichen Bestrebungen sind von weittragender Bedeutung. Sie werden staatlischer- und städtischerseits, nicht zuletzt durch Arbeiterportverbände gefördert. Hoffentlich nähern wir uns wieder dem kraftvollen Idealtyp des gut entwickelten, schönen Menschen.

Die Kleinstwohnung.



„Nanu, was ist denn das für ein Kästen an ihrem Häuschen?“
„Das ist ein Modell für die Deutsche Bauausstellung in Berlin: Schlafräum in Kleinstwohnung mit Vordachausbau für Männer über 1,65 Meter.“

Unsere Kinder brauchen gesunde Wohnungen!

In der großen englischen Industriestadt Liverpool hat Dr. Arkle die Schulkinder sämtlicher Bevölkerungsschichten gemessen und gemogen. Er fand einen erschreckenden Unterschied zwischen den Kindern der unteren und oberen Volksschichten. Während z. B. die vierzehnjährigen Knaben aus den unteren Volksschichten, die kurz vor dem Eintritt ins Erwerbsleben standen, durchschnittlich nur eine Körperlänge von 55,2 Zoll und ein Gewicht von 71,1 engl. Pfund hatten, betrug die durchschnittliche Körperlänge bei den Kindern der oberen Zehntausend 61,7 Zoll und das Gewicht 94,5 Pfund; das Gewicht lag also im Durchschnitt über 20 Pfund höher als bei den Kindern unbemittelter Eltern. Ein krasses Beispiel für die Ungerechtigkeit der herrschenden Gesellschaftsordnung, die jenen, denen sie die körperliche Arbeit aufbürdet, die geringsten Körperkräfte gibt.

Nicht sehr weit von der Großstadt Liverpool liegt die kleine Gartenstadt Port Sunlight. Dort gibt es Parks, ein Schwimmbad, Sportplätze aller Art, obwohl in dieser Gartenstadt fast nur Arbeiter und kleine Angestellte wohnen. Wie sind die körperlichen Verhältnisse der Schulkinder hier? Durchweg besser als in Liverpool. Ja, sogar im Durchschnitt noch besser als bei den Kindern der oberen Zehntausend in der Großstadt! Durchschnittslänge z. B. der vierzehnjährigen 62,2 Zoll, Durchschnittsgewicht sogar 108 Pfund! Man sieht, was ein n a t u r g e m ä ß e s Leben erzielen kann.

Das Landleben ist keinesfalls immer naturgemäß. So zeigte sich bei einer Untersuchung der Schulkinder des braunschweigischen Kreises Holzminden, daß die Körperbeschaffenheit der Kinder in der Stadt günstiger war als auf dem Lande, das meist von Arbeitern und Kleinbauern bevölkert wird. Wenn man die Dörfer untereinander vergleicht, zeigt sich, daß die Dörfer mit geringer Erwerbslosenziffer und Schwimmbad an der Spitze standen.

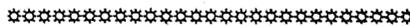
Es gibt noch immer Arbeitereltern, die für die Sportbegeisterung der Kinder kein Verständnis haben. Es gibt noch immer Arbeitereltern, die eine lichtlose Stadtwohnung einer etwas unbequemereren Wohnung draußen vorziehen, wenn sie die Wahl haben. Es gibt noch immer Arbeitereltern, die den Parteien ihre Stimme geben, die den Siedlungsbau möglichst einsparen und die Mieten in den Neubauwohnungen draußen möglichst hochtreiben wollen.

Sorgt für gesunde Lebensverhältnisse eurer Kinder! Ihre körperliche Entwicklung ist nicht durch Rasse oder Vererbung vorherbestimmt, sondern sie hängt von den Lebensbedingungen ab, die ihr ihnen schafft!

Das Rasiermesser.

Auf das Rasiermesser schauen heute viele mit Verachtung. Die meisten Männer und Jünglinge entfernen ihre Bartstoppeln heutzutage mit Rasierklingen. Nun schreibt uns hierzu ein Solinger Facharbeiter, daß der Befehl mit Rasierklingen ungleich teurer sei als der mit dem Rasiermesser. Für das gleiche Geld, das jemand in einem Jahre für Rasierklingen ausgibt, erhalte man ein gutes Rasiermesser, das bei richtiger Behandlung während der ganzen Lebenszeit des Besitzers vorhält. Jedoch darf man es nur zum Rasieren gebrauchen, nicht etwa zum Schneiden von Sühneraugen und Fingernägeln. Ferner müßte man die Schneide des Rasiermessers vor der Berührung mit harten Gegenständen schützen. Die Seife müsse man abstreifen mit dem Finger oder einem weichen Lappen. Vor dem Rasieren müsse das Messer auf einem Lederrleinen mit dünner Passaauflage nachgezogen werden, dann über den Handballen. Der Handballenabzug sei deshalb besonders zu empfehlen, weil er dem Messer den richtigen sanften Schnitt gibt. Auch sei zu beachten, daß beim Nachziehen das Messer über den Rücken umgelegt wird, nicht über die Schneide, da diese sonst stumpf wird. Auch ein kurzes Nachziehen nach dem Rasieren sei zu empfehlen, da hierdurch die Schneide vor Rost geschützt wird. Auch sei darauf zu achten, daß das Messer beim Rasieren flach aufgelegt wird.

Mit einem nach diesen Ratschlägen behandelten Messer kann man sich jahrelang rasieren, ohne daß es nachgeschliffen werden muß. Unser Einfender benutzt sein Rasiermesser bereits 27 Jahre, ohne daß es nachgeschliffen oder auf dem Stein abgezogen wurde. Also überlegt es euch, ob ihr zur Entfernung eurer Bartstoppeln Rasierklingen oder ein Rasiermesser gebrauchen wollt! Das Rasiermesser ist jedenfalls von beiden das billigere.



Die Heilung.

Die Gräfin Bayern war eine sehr vornehme Dame. Ihr Sohn war dafür ein recht ungezogener Bengel, der das Hauspersonal nach Strich und Faden schikanierete.

Eines Tages wurde der junge Graf krank, ohne daß man feststellen konnte, was ihm fehlte. Er lag im Bett und schrie, als wenn er am Spieße steckte. Der alte Hausarzt konnte nichts entdecken.

Da wurde der Gräfin empfohlen, den alten Schäfer zu befragen, der sich auf dergleichen Dinge verstehe. Der Schäfer kam, verlangte ein nasses Handtuch und bat, ihn mit dem Jagen allein zu lassen.

Es geschah. Und sofort hörte das Schreien des Jungen auf.

„Wie dankbar bin ich Ihnen,“ sagte die glückliche Mutter zum Schäfer, „wie haben Sie das nur gemacht?“

„Sehr einfach — ich habe dem Bengel mit dem nassen Handtuch auf das Messer geschlagen.“

Kommunisten und Gewerkschaften.

Zu diesem Thema sendet uns der Kollege Paul Voigt aus Reichenbach i. Culmb. eine Abhandlung, die wir unseren Kollegen nicht vorenthalten möchten. Kollege Voigt teilt uns mit, daß er der KPD seit dem Jahre 1921 angehört hat, nunmehr aber durch die arbeiterfeindliche Taktik der KPD geheilt sei. Nach dieser kurzen Einleitung geben wir dem Kollegen Voigt das Wort. Er schreibt:

Lenin sagte bis zu seinem Tode im Jahre 1924, die Schaffung von neuausgedachten Formen der Arbeiterorganisation und damit der Austritt aus den bestehenden Gewerkschaften sei eine unvermeidliche Dummheit; sie sei gleichbedeutend mit dem größten Dienst, den die Kommunisten der Bourgeoisie erweisen könnten. Bis zum Jahre 1930 konnte man auch dementsprechend in den Büchern und Zeitungen der KPD nachlesen, daß die Kommunisten die eifrigsten Anhänger und die eifrigsten Vorkämpfer jeder Bewegung seien, die irgendeiner Schicht des werktätigen Volkes eine Erleichterung ihrer Lage bringen kann. Darum seien die Kommunisten unbedingte Anhänger jeder Massenorganisation, die den Tageskampf der Arbeiterklasse führt, folglich auch der freien Gewerkschaften. Jeder Kommunist sei verpflichtet, Mitglied einer freien Gewerkschaft zu sein und darin als Funktionär vorbildlich im Interesse der Mitglieder zu wirken.

Es mag die Frage untersucht werden, ob die Kommunisten wirklich im Geiste ihres großen Führers Lenin diese Programmformulierungen befolgt und in die Tat umgesetzt haben. Die Praxis lehrt uns etwas anderes. Die Kommunisten erwarten alles Heil nur von der Revolution, vom Sturz des kapitalistischen Systems, vom Zerschlagen des Staates. Und da dies nur durch Revolution und Gewalt möglich erscheint, erwarten sie dieses Heil aus der Verleumdung der Massen, woraus Verzweiflungskräfte entspringen. Deshalb sind sie Anhänger der weiteren Verleumdung des Proletariats und deshalb Gegner der freien Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Kampfmethoden. Sie müssen alle Machinationen verdämmen, die sich nicht gegen den Bestand der bürgerlichen Gesellschaftsordnung richten, obgleich eine solche Tätigkeit im Interesse der Arbeiterklasse liegen kann. In diesem Sinne haben sie bis zum heutigen Tage gehandelt, weil sie befürchten, bei einer Besserung der Lage der Arbeiterklasse könne die Konjunktur der KPD nachlassen. Der KPD ist das große Endziel die Durchführung der proletarischen Revolution. Dieses Ziel soll auf alle Fälle erreicht werden. Deshalb behauptet sie auch, unmittelbar vor der Revolution und vor der Errichtung eines Sowjet-Deutschland zu stehen. Diese Rechnung macht die KPD, aber ohne die deutsche Arbeiterklasse, die sich zum übergroßen Teil gegen die Sowjetbestrebungen wehrt.

Daraus ergibt sich, daß die Kommunisten seinerzeit wohl Theorien aufgestellt, aber nicht danach gehandelt haben. Anstatt praktisch am Wohl der Arbeiterklasse mitzuarbeiten, ziehen sie die leichtere Arbeit, alles zu kritisieren und herunterzureißen, vor. Es ist auch viel bequemer, sich nur auf Schimpfen und Verleumdungen zu verlegen. In dieser Arbeit waren die Kommunisten nie faul. Bezeichnungen für jene, die im aufreibenden Tageskampf für das Wohl der Arbeiterklasse eintreten, wie Verräter, Streikbruchorganisatoren, Streikabwürger, Lakaien der Bourgeoisie, sind bei ihnen an der Tagesordnung.

Die Kommunisten verrichten ihre Arbeit rein gefühlsmäßig. Deshalb kam es auch zur offenen Gewerkschaftsspaltung. Der 5. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale 1930 beschloß, die Parole „Sine in die Gewerkschaften“ zu streichen, obwohl diese Parole schon längst nicht mehr durchgeführt wurde. Dieser Kongreß wußte sehr wohl, daß die Einheit und Einigkeit der Gewerkschaften gerade zur jetzigen bitter notwendig sind. Aber mit der Streichung dieser Parole haben sie den verzweifelten Versuch, die Gewerkschaften für die KPD zu erobern, ein Ende bereitet; sie sind offen zur Spaltung übergegangen, um ihre eigenen Läden aufzumachen. Was in dieser Hinsicht bisher geleistet wurde, braucht nicht näher erläutert zu werden. Auch bei uns in Langenbielau haben wir dies zur Genüge kennen gelernt.

Die KPD liebt die Veränderung. Was gestern richtig war, ist heute falsch, was gestern noch gut war, ist heute schlecht und muß zerschlagen werden. So heißt es, dieser Parole entsprechend, in einem Brief des Zentralkomitees der KPD: „Der Kampf in den reformistischen Gewerkschaften muß zehnfach verstärkt werden (aber nicht durch Eintritt von neuen Mitgliedern), weil es gilt, diesen Organisationen die Millionen Mitglieder zu entreißen“. Das heißt also, die Spaltungsarbeit innerhalb der freien Gewerkschaften muß beschleunigt werden, um die KPD selber aufs hohe Pferd zu setzen, zur Freude des lachenden Driften, des Unternehmertums. Wer diesen Tanz nicht mitmacht, dem sagt der Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale den rückwärtslosesten Kampf an. Er verlangt, daß die Notwendigkeit des Aufbaues selbständiger Gewerkschaften und damit die Spaltung der freien Gewerkschaften von jedem eingesehen wird. Allerdings sagte man noch vor etwa 1 1/2 Jahren: „Wer leichtfertig die Flinte ins Korn schmeißt und die Gewerkschaft verläßt, glaubt nicht an die Möglichkeit, daß wir uns nur auf diese Art, mit dem Verbleiben in dem Verband, den Massen nähern können. Mit dem fluchtartigen Verlassen der Massenorganisationen verlieren wir die Verbindung und isolieren uns vollständig; wir haben dann nichts mehr zu bestellen.“

Deshalb muß immer wieder der Arbeiterklasse gesagt werden, daß es den Kommunisten nicht darauf ankommt, der Arbeiterklasse in ihren Tageskämpfen, in ihrem täglichen Kleinkrieg mit dem Unternehmertum wirksam zu helfen, sondern die „gewerkschaftliche“ Hauptarbeit soll sich beschränken auf die Schaffung eines Konkurrenzunter-

nehmens. Das besagt, daß die Kommunisten die Gewerkschaften nur noch als Lummelplatz, als Werbefeld für ihre eigenen Läden benutzen wollen, da sie sonst keine besondere Möglichkeit haben, an die Millionenmassen der Arbeiter heranzukommen. Dies muß die organisierte Arbeiterklasse erkennen und dagegen den Kampf führen. Denn schon nach Karl Marx sind die Gewerkschaften Schulen für den Sozialismus. Jedenfalls ist die hier genannte Tätigkeit der KPD und der RGD, demnach nicht marxistisch, sie hat mit Sozialismus nichts mehr zu tun. Der lachende Dritte bleibt unter diesen Umständen der internationale Kapitalismus, der an einer solchen Zerspaltung der Kampftruppe der Arbeiterklasse seine helle Freude haben muß.

Noch eine Frage sei in diesem Zusammenhang erläutert. Wenn man die Kommunisten in den Gewerkschaftsversammlungen in die Enge treibt, dann kennen sie in der Regel nur den einen Ausweg, es sei unter dem kapitalistischen System nicht möglich, Vorteile für die Arbeiterklasse durch die Gewerkschaften herauszuholen. Wenn das ihre Ueberzeugung ist, dann muß sich jeder vernünftig denkende Mensch wundern, daß sie dann so naiv sind, angesichts einer solchen Anschauung eigene Gewerkschaften aufzuziehen, von denen sie selbst sagen, sie hätten keinen Zweck und ihre Arbeit sei ergebnislos. Aber wozu macht man all diese Mühen? Es gilt, auf jede Art und Weise neue Sammelbecken oder Vorschulen für die KPD zu schaffen, aus denen man die Lücken in dieser Partei wieder auffüllen will. Heute ist dieses Sammelbecken die RGD, ein anderes Mal die „Rote Hilfe“ oder die „Internationale Arbeiterhilfe“, dann wieder einmal ist es der „Kampfbund gegen Faschismus“. Alle haben den einen Fehler, daß darin nur eingeschriebene Kommunisten organisiert sind, und deshalb sieht es auch um den Bestand dieser angeblich „überparteilichen“ Organisation ziemlich windig aus. Immer wieder muß man hinter jeder dieser Organisationen ein Strohflecken anzünden, das aber immer wieder schnell erlischt. Das neueste Strohflecken ist jetzt die RGD, mit ihrem „Sturmplan“. In solcher Eispflanzarbeit, die sich noch dazu schädlich für die Arbeiterklasse auswirkt, haben unsere eingefleischten Kommunisten ihre helle Freude.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind: das Abbruchgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamitfabrik bei Gesehacht, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Firma Wenzel Schwalb in Emden wegen Tarifbruch; wegen Nichtzahlung des Tariflohns die Regearbeiten der Mineralöl- und Asphaltwerke in Ostermoor bei Brunsbüttelkoog (Baugewerkschaft Isehoe) und die Baustellen der Firma Karl Toll in Fürstenberg (Mkbg.). Gestreikt wird in Kahl und Meiningen. Die Firma Wiemann in Bramsche (Baugewerkschaft Osnabrück) ist wegen Lohnkürzung gesperrt.

Isolierer: Gesperrt ist die Isolierfirma Ritter, Kiel, Sassenstraße, wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

Töpfer: Gesperrt sind: In Halle/S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Ofen- und Schmelzwerke Gustav Neumann, Gustav Hörnicke und Emil Böhme, in Schwerin in Mecklenburg die Firma Brokmann, Ofenfabrik und Sehgesehacht, Die Ofenseher der Ofenfabrik Brüderhaus in Neumied (Baugewerkschaft Koblenz) stehen wegen Nichtzahlung des Tariflohnes im Streik.

Unsere Lohnkämpfe. Der Streik in Blankenhain ist mit Erfolg beendet. Am 15. Mai wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Unternehmer dort müssen, vertraglich eingestuft, die Löhne der Lohnklasse IIIa des Thüringer Bezirksvertrages zahlen. In Meiningen und Kahl wird weitergestreikt. — Im Vertragsgebiet Grenzmark-Posen-Westpreußen sind die noch strittigen Punkte im bisherigen Bezirksarbeitsvertrag bereinigt worden. Zu erwähnen ist, daß die Orte Baldenburg und Flötenstein von Ortsklasse II in Ortsklasse III versetzt wurden.

Aus der Sozialgesetzgebung

Leistungspflicht der Krankenkassen bei Brillen und Bruchbändern.

Zu den Leistungen, auf die die Kassenmitglieder einen uneingeschränkten Anspruch haben, gehört auch die Lieferung von Brillen und Bruchbändern. Der Anspruch auf diese Heilmittel besteht aber nur im Rahmen des Notwendigen. Dieser Grundsatz gilt für alle Sachleistungen der Krankenversicherung. Soweit hiernach die Versorgung mit Brillen in Betracht kommt, ist die Kasse nicht verpflichtet, Linsengläser oder Fassungen zu gewähren. Teure Brillengläser braucht die Kasse insbesondere dann nicht zu bewilligen, wenn durch billige Gläser der Heilzweck erreicht oder die Arbeitsunfähigkeit gleichfalls behoben werden kann. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß die Versicherten stets nur Anspruch auf einfache, billige Brillen haben. Ist der Zustand der Augen eines Versicherten derart, daß die Hebung der Sehschärfe nicht durch die gewöhnliche Kassenbrille, sondern nur durch eine feinere Brille herbeigeführt werden kann, so hat die Kasse die Kosten in voller Höhe zu übernehmen. Die Kassen sind dann auch nicht berechtigt, für Brillen und Bruchbänder einen Höchstbetrag festzusetzen. Daß dies nicht zulässig ist, hat das

Reichsversicherungsamt in seiner Entscheidung vom 8. November 1923, die noch heute Gültigkeit hat, eindeutig ausgesprochen. In den Gründen der Entscheidung heißt es u. a.: „Die Absicht des Gesetzgebers ging vielmehr offenbar wie im Krankenversicherungsgesetz so auch in der Reichsversicherungsordnung dahin, den Versicherten sowohl Arznei, wie Brillen und Bruchbänder uneingeschränkt zukommen zu lassen. Daher auch ihre ausdrückliche Aufzählung. Wäre die Festsetzung eines Höchstbetrages auch für diese Heilmittel zulässig, so könnten die Krankenkassen die Absicht des Gesetzgebers durchkreuzen, da das Gesetz keine Handhabe bietet, sie zu einer zeitgemäßen Erhöhung des Höchstbetrages zu zwingen. Auch das spricht für die oben vertretene Auffassung. — Dementsprechend sind Brillen und Bruchbänder ohne Rücksicht auf die Kosten auch dann zu gewähren, wenn die Leistung für kleinere Heilmittel einen Höchstbetrag festgesetzt hat.“ — Der letzte Satz der Entscheidung ist nicht so zu verstehen, daß die Krankenkasse in jedem einzelnen Falle verpflichtet ist, eine Brille ohne Rücksicht auf die Kosten zu bewilligen. Es kommt vielmehr immer auf die Art der Augenerkrankung, auf die besonderen Umstände des Einzelfalles an. Zur Gewährung von Schutzbrillen ist die Kasse ebenfalls verpflichtet, wenn eine solche notwendig ist. Anders verhält es sich mit einer Fernrohrbrille. Für dieses Hilfsmittel hat die Kasse nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamts keine Kosten zu übernehmen. Brillen sind nur im Erkrankungsfall auf die sachungsmäßige Unterstüßungsdauer zu gewähren. Anspruch auf eine Brille hat der Versicherte auch dann, wenn er ihrer zwar nicht bei der Arbeit, wohl aber zum Lesen bedarf. Wenn sich der Zustand der Augen nach Ablauf der Unterstüßungsdauer so ändert, daß eine andere Brille notwendig wird, so liegt in der Regel ein neuer Krankheitsfall vor, der den Anspruch auf eine neue Brille begründet. Der Kasse selbst steht kein Recht zu, etwa zu bestimmen, daß eine neue Brille erst nach Ablauf von einem Jahr oder gar von zwei Jahren gewährt wird. Die Kasse ist auch verpflichtet, die Kosten der Reparatur oder des Ersatzes zu übernehmen, wenn eine Brille schadhast oder unbrauchbar geworden ist, vorausgesetzt, daß der Versicherte den Schaden nicht vorsätzlich oder fahrlässig herbeigeführt hat. — Was die Leistungspflicht der Krankenkasse bei Bruchbändern anlangt, so bestehen hier die gleichen Grundsätze wie bei Brillen. Setzt sich ein Versicherte durch Ausübung seiner Beschäftigung der Gefahr aus, daß sein Bruch herausretzen würde, so ist er, solange diese Gefahr besteht, arbeitsunfähig krank im Sinne des Gesetzes und hat Anspruch auf Krankenhilfe. Kann der Bruch durch ein Bruchband zurückgehalten und somit die Arbeitsfähigkeit wieder hergestellt werden, so ist die Kasse zur Gewährung eines Bruchbandes verpflichtet. Manche Kassen sind der Ansicht, das Tragen eines Bruchbandes ist ein fortlaufender Krankheitsfall, demzufolge nach Ablauf der sachungsmäßigen Unterstüßungsdauer kein Anspruch auf ein neues Bruchband bestehe, wenn das alte Band schadhast geworden sei. Dieser Ansicht kann nicht beigetreten werden; sie ist rechtsirrig. Von Ausnahmefällen abgesehen, bedürfen Versicherte, die ein Bruchband tragen, wegen des Bruchbandes keiner ärztlichen Behandlung oder Beaufsichtigung. Nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts ist das Tragen eines Bruchbandes, soweit es dabei nicht etwa einer sachverständigen Ueberwachung bedarf, lediglich ein besonderes Verhalten des Empfängers zu dem Zweck, weiteren schädlichen Wirkungen des Leidens und damit einer neuerkrankung vorzubeugen. Bei Wiedereintritt der Behandlungsbedürftigkeit wegen Schadhastigkeit des Bruchbandes oder aus sonstigen Gründen liegt daher in solchen Fällen ein neuer Versicherungsfall vor, der die Leistungspflicht der Kasse von neuem begründet. Bei der Lieferung von Brillen und Bruchbändern sollte die Kasse nicht engbegriff sein und den Versicherten keine Schere bereiten. Denn diese Heilmittel trägt man nicht zum Vergnügen.

Aus den Baugewerkschaften

Fulda. (Zahlstelle Lauterbach.) Am 10. Mai wurde zu Ehren unseres Kollegen Karl Appel, der nunmehr 25 Jahre Mitglied unseres Verbandes ist, eine Jubiläarfeyer abgehalten. Kollege Auf hieß einen Vortrag über die Entwicklung des Baugewerksbundes. Seine Ausführungen wurden mit großem Interesse entgegengenommen. Kollege Appel schilderte mit bewegten Worten seinen Lebenslauf und die Kämpfe, die er miterlebt hat. Wir wünschen, daß in Lauterbach, wo wir tüchtige Mitglieder haben, noch recht viele Kollegen ein solches Jubiläum feiern können.

Aus den Fachgruppen

Glasler.

Hamburg. In der Versammlung am 7. Mai gedachte Kollege Szcepanki zunächst der beiden verstorbenen Mitglieder Felkel und Saumann. Die Dahingegangenen wurden in der üblichen Weise geehrt. Mit dem Kollegen Heinrich Saumann ist ein Kämpfer der Arbeiterbewegung dahingegangen, der eine Reihe von Jahren in der Lohnkommission und als Fachgruppenobmann die Interessen seiner Berufskollegen vertreten hat. Wegen eines im Jahre 1929 erlittenen Schlaganfalls mußte er leider die Ausübung seiner Funktionen einstellen. Doch bald stellte er sich wieder zur Verfügung. Bei den diesjährigen Lohnverhandlungen hat er noch einflußreich mitgewirkt. Den Abschluß des Tarifvertrages hat er nicht mehr erlebt. Auf

Erwerbslosen-Unterstützung im IV. Vierteljahr 1930.

Mitgliederzahl	Unterstützungsjälle		Gesamtzahl der Tage	Ausgezahlter Betrag	Durchschnittlich je Fall		Unterstützungsjahr trat ein im			Alter in Jahren						Unterstützungsdauer in Tagen								
	Anzahl	in %			Tage	„	Oktober	November	Dezember	bis 20	21 bis 30	31 bis 40	41 bis 50	51 bis 60	über 60	bis 6	7 bis 12	13 bis 18	19 bis 24	25 bis 30	31 bis 36	37 bis 42	43 bis 48	
462 428	8 283	1,79	201 428	359 767	85	24,32	43,43	2 255	2 567	3 461	553	1 756	1 849	1 982	1 666	477	1 264	1 438	1 231	1 050	801	594	636	1 269
	73 168	15,82	2 042 284	3 005 836	49	27,91	41,08	12 968	18 762	41 438	8 351	20 891	16 410	14 069	10 953	2 494	7 391	9 635	9 666	9 350	7 919	6 605	6 980	15 622

Gedenktafel verstorbenen Mitglieder.

Mugsburg. Johann Wunderer, Hilfsarbeiter, 53 J. Bauhen. (Seidau.) Ernst Mitschke, Hilfsarbeiter, 50 J. Breslau. Wilhelm Verleih, Maurer, 64 Jahre alt. Chemnitz. (Rabenstein.) Erich Großer, Hilfsarb., 26 J. Dortmund. (Lütjendortmund.) Rob. Pennewitz, M., 69 Dresden. Robert Nacke, Hilfsarbeiter, 70 Jahre alt. (Oberneufirch.) Hermann Fintsch, Maurer, 56 J. (Dittendorf-Drilla.) Ernst Thieme, Maurer, 67 Jahre. Frankfurt-M. (Jfenburg.) Josef Hinteröder, Hilfsarb., 66 Gera. Emil Müller, Hilfsarbeiter, 66 Jahre alt. Glauchau. Arno Wunderlich, Maurer, 62 Jahre alt. Hagen. Karl Eibenstein, Zementfacharbeiter, 28 Jahre. Hannover. Karl Barkhof, Maurer, 54 Jahre alt. (Wunstorf.) Willi Baumgarten, Maurer, 24 Jahre. Ignatz Jasniak, Maurer, 52 Jahre alt. (Schl. Ricklingen.) Wilhelm Rehburg, Hilfsarb., 35 Wilhelm Stevers, Maurer, 70 Jahre alt. Jena. Hermann Rösner, Hilfsarbeiter. Kaiserslautern. (Ratstragen.) J. Laiendecker, M., 40 Kiel. Josef Mrowetz, Maurer, 54 Jahre alt. Küstlin. (Manchnom.) Herm. Rohloff, Maurer, 68 J. Leipzig. Karl Bergt, Hilfsarbeiter, 78 Jahre alt. Hermann Bernhardt, Maurer, 72 Jahre alt. Otto Heisch, Maurer, 54 Jahre alt. Richard Kramer, Maurer, 29 Jahre alt. Emil Seltmann, Maurer, 74 Jahre alt. Sünneburg. Erich Beushausen, Maurer, 37 Jahre alt. Magdeburg. Friedrich Lüdemann, Maurer, 72 J. Ojshaj. (Strehla.) Karl Döhring, Invalide, 78 Jahre. Plauen. (Neuenjatz.) Robert Sackel, Maurer, 64 J. Röbel. Friedrich Voß, Hilfsarbeiter, 34 Jahre alt. Watin. Ludwig Engel, Maurer, 79 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Bücher u. Schriften

Der Große Brockhaus, Band 8 liegt nunmehr vor. Dieser neue Band umfasst alle Stichwörter, die mit dem Buchstaben H beginnen, und wir finden eine große Anzahl von Artikeln, die unsere besondere Aufmerksamkeit beanspruchen dürfen. Das erste Stichwort in America wurde bereits im Jahre 1883 erbaut, gegenwärtig haben wir in USA über 4788 Gebäude mit mehr als 10 Stockwerken, davon 377 mit über 20 Stockwerken. Eine Tafel zeigt uns die berühmtesten Hochhäuser der Welt und gibt gleichzeitig einen Einblick in die Technik des Hochhausbaus. Der Aufsatz „Hochhäuser“ gibt eine Übersicht über die bekanntesten meteorologischen Stationen; die höchste Wetterstation der Welt liegt in Woltoten (4921 m), während sich die höchste Wetterstation in Europa auf dem Monte Rosa in 4560 m Höhe befindet. Stereostereographie werden an den Bildtafeln „Sunde“ (53 Abbildungen) ihre Freunde haben. 10 Spalten Text berichten über Klasseneinteilung,

Sundezucht, Sundedressur oder Sundetrantheiten. Bei allen Darlegungen begegnen wir immer im „Großen Brockhaus“ einer unerschütterlichen Sachlichkeit. Das beweisen uns die bisher vorliegenden acht Bände, und der denkende Mensch, der gewöhnt ist, sich selbst sein Urteil zu bilden, kann mit Vergnügen feststellen, daß es eine Stelle gibt, die ihm in vorurteilsfreier und objektiver Weise die Unterlagen hierzu vermittelt. Wir können die Ausfertigung dieses vorzüglichen Nachschlagewerkes immer wieder nur angelegentlich empfehlen. Jeder Band kostet 26 M., bei Umtausch eines alten Lexikons 23,50 M. Man wende sich an den Verlag F. V. Brockhaus in Leipzig.

Das Leben der Marie Gammit. Roman von Josef Maria Franz. Verlag „Der Bilderskreis“, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7. Preis gebunden 4,80 M. — Bernhard Diebold schreibt über dies Buch u. a.: „Dieses Buch soll hier gerühmt werden, nicht weil seine Charakteristik an Dostojewski oder Hamann reicht, sondern weil es mit offenem Gefühl und spannender Darstellung schlechthin Nüchternes erzählt und unsere Stunde trifft. ... Eine alte Geschichte, die Jahr für Jahr tausende Male passiert. Sie ist dramatisch, episch und epigrammatisch oft genug dargestellt; kaum aber jemals so ohne jeden Zensurgedruch und ohne jede forcierte Anklage. Das Wort „Abtreibung“ kommt erst am Schluß des Buches. Marie ist die beste Mutter der Welt. Das ist der Wert des Buches. Die meisten Menschen um Marie herum sind gut und einträchtig; die Fürsorge, die die Herrschaften, die Freundin, die Dienerin im Nachtlokal, wo die Verletzte liegt, ja selbst der Polizeikommissar ihr ein guter Mann. Aber sie alle sind machtlos vor der Starheit des begünstigten Paragrafen. Mit ergreifender Klarheit erzählt Jof. M. Franz das ganze Unglück dieses schuldlosen Lebens. Und ohne jede polit-

tische Forderung wird unsere Seele aktiv gemacht. Das beweist auch die außerordentliche Beachtung des Buches bei sozial führenden Verfassern.“

Westermanns Monatshefte. Auch die Juni-Nummer dieser Monatschrift (Preis wie immer 2.— M.) ist sehr reichhaltig. Unter anderem schreibt Hermann über „Konjunkturfragen“ und Philipp über „Spionage in Handel und Industrie“. Erwähnenswert ist auch die Novelle „Demetrius“ von Ernst Wichert und die „Beschreibung von Land und Leuten in der Schweiz“. Auch sonst enthält diese Nummer viel des Erwähnenswerten. Freier bringt sie, wie jede vorhergehende Nummer, reichen Bildschatz. Man verlange ein früher erschienenenes Probeheft gratis gegen Einreichung von 30 Pf. für Porto von dem Verlag Georg Westermann in Braunschweig. Jeder wird sich dann leichtlich über den gediegenen und künstlerisch hochstehenden Inhalt dieser Zeitschrift unterrichten können.

Sommer-Platten. Bevorzugen ist wieder das Große Malländer Sinfonie-Orchester, das 100 Mitglieder des weltberühmten Scala-Orchesters vereinigt und unter dem Stab Antonio Guarnieri (Platten Nr. 4-9995) meisterhaft die Duvertüre zu Cicilianische Besper von Giuseppe Verdi zum Vortrag bringt. Die Platte 4-3830 ist besetzt mit musikalisch-humoristischem Raddelmusik: „Cins ins Andere“. Willi Ostermann schmeißt den Laden, ein Singsopra mit Orchesterbegleitung. Freunden ultimen Gesanges zu empfehlen. — Die Platte 4-4028 enthält zwei Volkslieder, das herzige „Seiberstein“ und das wehmütige „Früh wohl, du Lenzenmorgen, du schöner Maienraum“. Mit Instrumentalbegleitung gesungen vom Doppelquartett des Berliner Lehrergesangsvereins. Freunden von Volksliedern sehr zu empfehlen.

Lest das Bauwerk

Erhalte Deine Gesundheit als höchstes irdisches Gut durch die, infolge der damit erzielten ganz hervorragenden Erfolge, weltbekannt und beliebt gewordenen

Philippsburger Herbaria-Kräuter-Heilmittel

dieselben werden nicht mehr nur als Kräuter-Tee-Mischungen, sondern auch in allen neuzeitlichen erprobten Verbrauchsformen, wie: Kräuter-Pulver, Kräuterpulver-Kapseln, Kräuter-Tabletten, Kräuter-Dragees und Kräuter-Säften hergestellt. Diese neuen Verbrauchsformen sind überall bequem einzunehmen, so daß jedem die Möglichkeit gegeben ist, auch in seinem Beruf, auf der Reise, wie überhaupt überall, wo es nicht leicht möglich ist, Tee zuzubereiten, eine Kräuterteeur durchzuführen zu können. Für jedes Leiden besondere Spezialmischung. Aus unserer großen Auswahl bieten wir gegen folgende Leiden an: (Ausführliche Prospekt über sämtliche Sorten kostenlos.)

- Arterienverkalkung:** verursacht Schwindelgefühl, hohen Blutdruck, Gedächtnisschwäche, Bluthungererscheinungen, Schlaganfälle (oft tödlich). Herbaria-Arteriosklerose-Kräuter-Mischung Nr. 4 ist hierfür ein erprobtes, bewährtes nicht hoch genug einzuschätzendes Abwehrmittel.
- Asthma:** (Atemnot) tritt plötzlich, oft transpirant, auf und verursacht Angstgefühl, Beklemmung, Druck auf der Brust, Erstickenanfalle und Leiden der Atmungsorgane, oft sogar Lungenblutungen. Herbaria-Asthma-Kräuter-Mischung Nr. 6 bekämpft diese Beschwerden schon langjährig mit hervorragenden Erfolgen.
- Blasen- u. Nierenleiden:** Blasenkatarrh, Harnschmerzen, häufige Urangewänge, Schmerzen im Unterleib und Rücken, Brennen beim Urinieren und hinterlassen bei Vernachlässigung Schwäche der Blasenmuskulatur, Stein- und Griesbildung, schwere Nierenleiden usw. Diesen hartnäckigen Leiden sollte man sofort bei den leinsten Anzeichen vorbeugend begegnen durch Herbaria-Blasen- und Nieren-Kräuter-Mischung Nr. 12.
- Gallensteine:** Sie bilden sich durch Zusammenballen abgeflorter Gallenflüsse in den Ausscheidungsorganen und verursachen sehr häufig beim Passage der Gallenflüsse durch Entzündung oder Verstopfung den gefährlichsten und sehr gefährlichen und schmerzhaften Gallen-Stein-Anfall. Herbaria-Gallensteine-Kräuter-Mischung Nr. 10 wirkt erprobtermaßen auf diese Ablagerungen ausweichend und fördert die Ausscheidung der Gallensteine.
- Gicht u. Rheuma:** sind die Folgen von Ansammlungen im Blut. Diese verfestigt sich zu kristallartigen Krusten vornehmlich in den Gelenken und verursacht an diesen Stellen furchterliche Schmerzen. Herbaria-Gicht- und Rheuma-Kräuter-Mischung Nr. 44 wirkt auflösend und ausweichend auf diese Harnsäureansammlungen und hat schon viele Gicht- und Rheumatische von ihrem Leiden befreit.
- Unreines, schlechtes Blut:** bildet den Nährboden für sehr viele, ja die meisten Krankheiten, insbesondere für Hautausschläge, Fieber, Gicht, Rheuma, Gicht- und Rheuma, Arterienverkalkung usw. Wer seine Gesundheit lieb hat, Sorge für äftere Blutreinigung und verwende hierzu die altbewährte und mit Erfolg gekrönte Herbaria-Blutreinigung- und Entfärbungs-Kräuter-Mischung Nr. 19, durch welche auf einfache und natürliche Art alle Blutunreinigkeiten und schädlichen Stoffe abgefordert werden.

- Herzleiden:** sind sehr ernst zu nehmen. Mangelhafte Serätätigkeit verursacht Bluthochdruck, Blutarmut, Nervenleiden, Neurasthenie und viele andere Leiden. Serätübende sollten daher rechtzeitig ein Mittel anwenden, das heräftigend wirkt und zur Anregung der Serätätigkeit beiträgt. Als ganz hervorragend hierzu bewiesen und bestens bewährt sei empfohlen unsere Herbaria-Herz-Kräuter-Mischung Nr. 52. Diese Mischung besteht aus Kräutern, welche fördernd auf die Blutgirkulation und regulierend auf die Serätätigkeit einwirken.
- Lungenleiden:** Katarrhale sowie tuberkulöse werden außerordentlich wirksam bekämpft durch Herbaria-Lungennährstoff-Kräuter-Mischung Nr. 68. Dieselbe wirkt schleimlösend, auswurfördernd, fiebersenkend und dient gleichzeitig zur Förderung der Verflüssigung und Verflüssigung tuberkulöser Bazillen-Herde in der Lunge. Weiter wirkt diese Mischung auch appetitanregend und kräftigend auf den ganzen Organismus.
- Magenleiden:** Magenschwäche, Magenschmerzen, Magen- und Darmkatarrh, Verdauungsschwäche, Appetitlosigkeit, Magenleiden, schlechte Magenflaute usw. sind am besten und wirksamsten durch Herbaria-Magenflaute-Kräuter-Mischung Nr. 68 (Besondere Spezialität.) Diese Mischung neutralisiert die Magensäure, fördert den Verdauungsprozess, stärkt die Magenmerven und kräftigt die Magenmuskulatur.
- Nervenleiden:** äußern sich hauptsächlich durch Kopfschmerzen, Schläfrigkeit, Mattigkeit, geistige Ermüdung, Giebertieren, erhöhte Reizbarkeit usw. Ein alterproptes und vorzüglich bewährtes Befähigungsmittel hierfür ist die Herbaria-Kräuter-Mischung Nr. 80. Sie macht ohne jede schädliche Nebenwirkung ihren blutstärkenden, nervenberuhigenden, schlafördernden und energieverstärkenden Einfluß auf den ganzen menschlichen Organismus mit bestem Erfolg geltend.
- Wurmleiden:** die Ursache von Abmagerung, Appetitlosigkeit, Ohnmachten und Schwächegefühl, Mierjuden, unregelmäßigen Stuhlgang usw. werden wirksam bekämpft durch Herbaria-Wurm-Kräuter-Mischung Nr. 98. Diese Mischung vertreibt in verhältnismäßig kurzer Zeit Spul- und Wadenwürmer und ist ebenfalls sehr wirksam gegen Bandwürmer, nur ist hierfür längerer Gebrauch erforderlich.

- Diese Preise für die verschiedenen Verbrauchsformen sind:
- Herbaria-Kräuter-Tee p. Pat. je nach Sorte 2.— bis 3.— RM.
 - Herbaria-Kräuter-Pulver per Patet 2.— bis 3.— RM.
 - Herbaria-Pulver-Kapseln, 3.— RM.
 - Herbaria-Kräuter-Tabletten, Packung mit 200 Stück 3.— RM.
 - Herbaria-Kräuter-Dragees, Packung mit 150 Stück 3.— RM.
 - Herbaria-Kräuter-Saft, Flasche 3.— RM.
- Unsere Philippsburger Herbaria-Kräuter-Heilmittel sind nur in Apotheken erhältlich, am zweckmäßigsten richtet man Bestellungen direkt an uns. Versand erfolgt dann durch die ausländische Versandapotheke (Säfte ab 3 Flaschen, alle anderen Präparate ab 5.— RM. franko) unter Nachnahme.

Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg G 306 (Baden)

Fordern Sie überall Original M. Mosberg

Die beste Bildung f. Bauhandwerker Die unerreichten Werkzeuge. Die altbewährten echten Islander. Stets genau auf Firma und Schutzmarke achten. Preisabbau. Direkter Versand nur ab Bielefeld. Preisliste gratis. **Firma M. Mosberg, Bielefeld,** Jöllenbecker Straße 55

Schmale Teakholz Wasservagen

Das Beste! Garantie für Genauigkeit! Sämtliche Gläser in Metall gefasst mit grünfarbiger Libelle zum Schutz für die Sonne und bessere Verlesbarkeit. LÄNGE: 50 60 70 80 90 100 cm. Bei 5 Stück Postfrei. Versandfertig im Punkte. PREIS: 2,50 3,00 3,50 4,00 4,50 5,00. Verpackung frei. Sämtliche Werkzeuge für alle Bauhandwerker Katalog kostenlos. **M. HIESINGER - WERKZEUGFABRIK - NÜRNBERG**

1 Fahrrad-Decke gratis bei Bestellung von 5 Stück!

Fahrraddecken von 2,15 M. an, Schlauche von 0,80 M. an. Katalog gratis u. franko. Sigurd-Gesellschaft, Kassel 368.

Fritz Ulrich Altona-Elbe 10 Gustavstr. 58/60 Berufskleidung Werkzeuge Preisliste gratis

Maurerhosen! Zweidraht 6.- u. 8.- M., Dreidraht 10.- M., Herkules 13.- M., sendet nach Maß Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2.

Gummiwaren. hygien. Artikel. Preis. G 1 grat. „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jacobstr. 8

Fahrräder von 36.— Mk. an, Ballonbereift von 58.— Mk. an mit Garantie. Prachtkatalog gratis. **Wilh. Wellerdek,** Brackweide-Bielefeld 35.

Wilhelm Pahr jetzt: Berlin, Brunnenstr. 78

ESU - Stahl- u. Holz-Kinder, Polster, Chaisel, an jeden, Teils. Katalog 261 fr. Eisenmöbelfabrik Suhl (Th.)

Reellste Bezugsquelle!

Neue Gänsefedern von der Gans gerupft mit Daunen, dopp. gereinigt, allerbeste Qualität Pfd. 3.—, nur kleine Federn (Halbdaun.) 4.50, Daunen 6.25, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3.50 u. 4.75, hochpr. 5.75, allerf. 7.—, la Volldaunen 9.— u. 10.—. Für reelle, staubfr. Ware Garant. — Versand gegen Nachnahme. ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgef. nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Hanteuffel,** Gänse-mästerei, geg. 1852, **Neutrebbin 5b** (Oderbr.) Aeltestes u. größtes Bettfedern-versandgeschäft des Oderbruches.

Louis Mosberg Bielefeld 2 Berufskleidung Werkzeuge Preisliste gratis

BAUSCHULE DETMOLD 6

Preis-Abbau: Anker-Uhr versib. im Gold- u. gutvergoldeter Nickel- u. Kapsel 5,35 M. 2 Jahre schriftl. Gar. „Estra“-Uhren, Halle 5, 21

Ischias- u. Gicht- und Rheumatis-muskranke teile ich gern kostenfrei mit, wie ich vor 5 Jahren von meinem schweren Ischias- u. Rheumaliden in ganz kurz Zeit befreit wurde. **Jean Stieling,** Rautenpflücker, Frankfurt a. d. Od. 200, Jödenstr. 5

Josef Witt, Weiden 54 Oberpfalz.

Größtes Baumwollwebwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken. Ueber 2000 Arbeiter und Angestellte.

gibt wie folgt ab:

Nr. 1	Weißes Hemdentuch schwere, gute, sehr haltbare Sorte, für starke Wäschestücke, 80 cm breit, per Meter	-28	Nr. 5	Stuhltuch auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierb. Bettücher, 150 cm br., p. Mir.	1.15
2	Vorhangstoff sog. Gardinen, mit echt indanthrenfarbigen Streifenmustern 70 cm breit, per Meter	-19	6	Handtücher strapazierbare, haltbare Qualität, weil nicht vollkommen gleichmäßig. Verkauf nach Gewicht per Pfund	1.25
3	Hemdenflanell etwas leichte Gebrauchsware, indanthrenfarbig gestreift 70 cm breit, per Meter	-23	7	Strickwolle garantiert reine Wolle, solide, strapazierbare Qualität, lieferbar in schwarz per Pfund	1.95
4	Hemdenflanell fast unzerreißbare, kräftige strapazierbare Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift, 74 cm breit, per Meter	-39			

Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bezw. 10 Pfund. — Versand von Mk. 10.— an; ab Mk. 20.— portofrei. Nichtentsprechendes wird auf meine Kosten zurückgenommen und der volle ausgelegte Betrag zurückbezahlt.